ZECK

: 139 Juli / August 07

die Elektroentsorgungsfachzeitschrift aus der Flora

kost nix



Vorwort

Werte Leser_innen,

da ist sie wieder die schicke Zeck und zur Begrüßung bedanken wir uns ausnahmsweise bei der Polizei, die im Zuge der Hausdurchsuchung in der Flora am 9. Mai den alten Kopierer für uns entsorgt hat.

Ein Danke geht auch an die Gruppe, die uns die Doku mit der Schnörkel-Schrift gesendet hat, wir sind allerdings auch ohne entziffern und abtippen gut mit der Erstellung der Zeck beschäftigt. Wäre super, wenn ihr das nächste Mal zumindest ein besseres Schriftbild wählt, das erkennt unser Scanner besser. Aber ansonsten habt ihr das natürlich fein gemacht.

Hatten wir schon mal erwähnt, dass wir die Texte gerne digital auf einer CD oder einer Diskette mit beiliegendem Ausdruck erhalten?

Leider haben wir keine Stellungnahme der "Autonomen GipfelstürmerInnen" zu den Farb- und Stein-Anschlag auf das Luxushotel Louis C. Jacob an der Elbchaussee (Nienstedten, Nacht vom 13. auf den 14. Mai) erhalten, schade, aber danke für die Aktion. Nächstes Mal, bitte nicht nur die MoPo informieren, sondern auch eure Szene-Zeitung.

Im Zusammenhang mit den G8-Protesten, ist die Nachbereitung in vollem Gange. Wir haben einige Texte dazu von euch zugesendet bekommen und zum Beispiel den Text „g8 autonom nachgeschaut" ausgewählt, den wir gut fanden. Unter www.gipfelsoli.org sind viele und auch einige interessante Texte zur Diskussion und Auswertung zu finden.

Im Übrigen schätzen wir, dass Berlin knapp vorne liegt im Wettstreit „brennende Autos" ...

Hausdurchsuchungen finden wir doof!

Eure Zeck-Redaktion

Inhaltsverzeichnis:

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä. möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. Disketten können nicht zurückgegeben werden. Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro à drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!).
Eigendruck im Selbstverlag.



Peoples global action Infopunkt im Schwarzmarkt



Kontakt: schwarzmarkt-pga@riseup.net
Offenes Treffen jeden ersten Mittwoch im Monat ab 16h

Prekäre Superhelden vor Gericht?

Ende April 2006 haben etwa 30 prekäre Superhelden Delikatessen aus einem Gourmet-Supermarkt in Hamburg entwendet und anschließend verteilt. Die Staatsanwaltschaft glaubt nun, eine an der Aktion beteiligte Superheldin ausfindig gemacht zu haben. Deshalb findet am Dienstag, dem 19. Juni um 9 Uhr im Amtsgericht Altona (Max-Brauer-Allee 91) im Saal 101 ein Prozess gegen sie statt. Mittlerweile wagen sich immer mehr prekäre Superhelden an die Öffentlichkeit.

Zur Erinnerung: Am Vormittag des 28. April 2006 entnahmen prekäre Superhelden Champagner, Hirschkeulen und andere Delikatessen aus dem Gourmet-Supermarkt "Frische Paradies" an der Großen Elbstraße in Hamburg. Anschließend machten sich Spider-Mom, Superflex und ihre Mitstreiterinnen an die Umverteilung. Die Delikatessen wanderten diskret in die Hände von Erzieherinnen, Praktikanten, Putzfrauen und Ein-Euro-Jobbern. Warum sollten prekär Beschäftigte, von denen es immer mehr gibt, nicht auch etwas von dem Reichtum haben, der in Hamburg im Überfluss vorhanden ist?

Prekäre Superhelden vor Gericht?

Die Polizei reagierte „auf den wahrscheinlich lustigsten Coup in der deutschen Kriminalgeschichte" (The Guardian) mit ziellosen und rechtlich zweifelhaften Hausdurchsuchungen und versuchte die Superhelden des prekären Alltags erneut in die Unsichtbarkeit zu drängen. Doch sie unterschätzten die außergewöhnlichen Fähigkeiten, die zahllose Prekäre in ihrem gemeinsamen Widerstand mit Arbeitskollegen, in ihrem alltäglichen Leben ohne deutschen Pass und in den Auseinandersetzungen mit der Agentur für Arbeit entwickelt haben. Spätestens jetzt ist überdeutlich geworden, dass die Polizei mit ihrem Vorhaben gescheitert ist. Hunderte von prekären Superhelden haben sich auf der Euromayday-Parade in Hamburg an das Licht der Öffentlichkeit gewagt. Beim G8-Gipfel tauchten zahlreiche Superhelden auf den Straßen und Feldern rund um Heiligendamm auf. In Barcelona kämpft Supervivienda gegen die anhaltende Wohnungsnot. Immer mehr Superhelden setzen ihre außergewöhnlichen Fähigkeiten ein, um ein schönes Leben für alle möglich zu machen. Und sie haben prominente Unterstützung gewonnen.Die Sängerin Bernadette LaHengst macht deutlich: „Obwohl mein provisorisches Künsterlinnen-Leben im selbst gewählten Prekariat stattfindet, ist es doch für die meisten MigrantInnen, PraktikantInnen, Ein-Euro JobberInnen und sonstigen an Rand unserer Gesellschaft Gedrängten kein Spaß, zuzusehen, wie der Kaviar an ein paar Auserwählte verteilt wird. Ich war es, du warst es, wir alle können zu SuperheldInnen werden, wenn wir die große Umverteilung wollen."

Prekäre Superhelden vor Gericht?

Frank Spilker von der Hamburger Band Die Sterne fügt hinzu: „In unserer Gesellschaft werden Menschen anerkannt, deren wesentliches Verdienst darin besteht Grosseltern zu haben, die zB. auf die Idee gekommen sind Stärke und billige Aromen zu vermischen und diese geschickt zu vermarkten. Wenn andere Leute aus entsetzen darüber, dass man als unglücklicher grosselternloser Mensch, von den Almosen, die einem die Nichtanerkennung der Gesellschaft läßt kaum noch Leben kann, beschließen einen Luxusmarkt auszurauben und dafür das Risiko eingehen in den Knast zu kommen - dann ist das doch superheld."

Dennoch hält die Staatsanwaltschaft an dem Verfahren fest. Die Anklage stützt sich dabei im Wesentlichen darauf, dass sowohl eine Superheldin vor dem „Frische Paradies", als auch die Angeklagte einen dunkelbraunen Pferdeschwanz tragen. Angesichts dieser „Beweislage" hebt Toni Kracht vom Peter Parker-Unterstützerkreis hervor: „Wenn das als Basis für einen Prozess ausreicht, könnte die Anklage uns alle treffen." Und weiter: „Letztendlich bestätigen Polizei und Staatsanwaltschaft unfreiwillig, dass in uns allen Superheldenkräfte stecken."

Pressemitteilung des Euromayday Hamburg vom 18.6.07

######################

Prozessbeginn gegen C. und S. am 28.06. vor dem Amtsgericht Bergedorf

Am 16. März 05 kam es in Hamburg und Mecklenburg Vorpommern zu insgesamt 11 Hausdurchsuchungen bei denen sieben Menschen mit dem Vorwurf der „Bildung einer kriminellen Vereinigung" nach §129 festgenommen wurden. Alle wurden ED – behandelt, zur Abgabe von DANN – Material gezwungen und nach einigen Stunden wieder freigelassen. Anlass für diese Durchsuchungswelle und das §129 Verfahren waren mehrere Aktionen gegen Luxushotels in Hamburg und Lübeck und das Bezirksamt Hamburg Eimsbüttel am 3./4. März bei denen es in erster Line zu Glasbruch und farbigen Veränderungen, in einem Fall zu abgebrannten elektrischen Golfkarren kam.

Im Herbst 2006 ist das §129 Verfahren von der Staatsanwaltschaft sang- und klanglos eingestellt worden. Umfangreiche Observationen, Telefonüberwachung und andere Ermittlungen hatten zu nichts geführt. Das von vornherein willkürliche Konstrukt einer kriminellen Vereinigung hatte sich als vollkommen haltlos erwiesen.

Der Prozess gegen C. und S. ist das juristische Nachspiel. Kurz nach der Aktion am Lübecker Mövenpickhotel waren zwei Personen von einem Hotelangestellten auf der Straße festgehalten worden. Nach einem kurzen Gerangel konnten sie den Mann loswerden. Deutlich später wurden die beiden jetzt Angeklagten in einer Kneipe festgenommen und angeblich als die beiden vorher verfolgten identifiziert.

Beiden wird „gemeinschaftlich versuchte Nötigung in Tateinheit mit Sachbeschädigung" und versuchte „gemeinschaftliche Körperverletzung in Tateinheit mit gemeinschaftlicher Nötigung" vorgeworfen.

Nach jahrelangen Ermittlungen des Staatsschutzes kommt es jetzt zu einem Verfahren, dass im wesentlichen auf der Aussage eines Hotelangestellten basiert. Nach der Niederlage des Reppresionsapperates im Hinblick auf mehrere militante Aktionen ist dieser Prozess bis jetzt das einzige Ergebnis das Polizei und Justiz erreichen konnten.

Den Betroffenen von Repression gilt unsere Solidarität. Kommt zu dem Prozess und unterstützt die Angeklagten!!

Achtet auf weitere Prozesstermine!

######################

HH/Schanzenpark: Keep On Parking

MACHT DAS PRIVATE ÖFFENT-LICH!!!

Mövenpick wollte nicht, aber wir:

Am 16.06. 07 fand eine schöne (leider etwas verregnete) Eröffnungsfeier mit 500 bis 600 Menschen aus den umliegenden Vierteln statt; ebenfalls anwesend ca. 600 Mitglieder vom Team Green (BePo) und Black (BFE)

Nun ist ein weiterer Schritt in die scheinbare "Normalität" vollzogen worden: Am Montag, 25. 06. 07, wurde der Bauzaun rings um den ehemaligen Wasserturm abgebaut.

Was bedeutet das?

Die Wege um den Turm herum sind zwar wieder frei begehbar, doch wer immer sich dem "gefährdeten Objekt" nähert, wird von der eigens von Mövenpick engagierten Security beobachtet und begleitet; sollte Mensch sogar die angelegten Rabatte oder Rasenstreifen betreten, kommt sofort der Hinweis, dies sei Privatbesitz. Bei Bedarf, und der scheint öfter da zu sein, werden die immer noch im Park herumlungernden BePo's herangefunkt. Diese sind sogar eher noch verstärkt worden, halten sich aber meist im Hintergrund; es scheint, als ob eine allmähliche "Übergabe mit Amtshilfe" an die Mövenpick-Security vollzogen werden soll.

Doch weiterhin gilt: "Es reicht nicht, ein Hotel zu eröffnen. Es muss sich auch lohnen, das heißt, die Gäste müssen sich dort auch wohlfühlen. Widerstand in vielfältigen Formen ist angesagt." (Zitat aus einem Flugblatt des "Freien Netzwerks für den Erhalt des Sternschanzenparks").

Der Pachtvertrag von Mövenpick hat eine Laufzeit von 20 Jahren (!) und wer genervt ist oder sich gestört fühlt (tagsüber oder auch nachts), der/die kommt nicht wieder!

Für Samstag, 30.06.07 Uhr wurde von daher für ein weiteres "Keep on parking" mit Hotelbesichtigung aufgerufen.

Das Wetter in Hamburg soll besser werden, der Park wartet und auch der Eingangsbereich des Hotels und der Rest der Anlage warten darauf, besichtigt und erkundet zu werden, jeden Tag, jede Nacht! Also lasst euch weiterhin 'was einfallen und seid kreativ!

http://www.schanzenturm.de

Für diejenigen, die das Spendenkonto auf der Seite nicht finden (es wird nach wie vor Geld benötigt, für bereits geführte und auch noch zu führende Prozesse usw.):

Kto: 964049201, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20

##########################

PRESSEERKLÄRUNG
Kiel, Berlin 21.06.2007

§ 129a-Verfahren in Norddeutschland gegen „linke Szene"

Hausdurchsuchungen in Bad Oldesloe, Hamburg und Berlin

Aktivitäten als Globalisierungs- und Militarismusgegner als Anhaltspunkt für Hausdurchsuchungen
Ermittler betreiben verfassungswidrige Aufweichung von Durchsuchungsvoraussetzungen

Grundlage der Durchsuchungen vom 19.06.2007 in Berlin wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung gemäß § 129a StGB waren lediglich Bekanntschaften zu weiteren Beschuldigten und legales politisches Engagement.
Die Generalbundesanwaltschaft ließ am Dienstag den 19.06.2007 insgesamt vier Objekte in Berlin durchsuchen. Anlass der Durchsuchungen sind Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach § 129a StGB gegen zwei Berliner Beschuldigte.

Eine Woche zuvor wurden in Schleswig-Holstein und Hamburg bereits zahlreiche Durchsuchungen vorgenommen, die sich gegen neun weitere Beschuldigte richteten. Unter wechselnden Gruppenbezeichnungen sollen die Beschuldigten insgesamt vier Brandanschläge in den Jahren 2002, 2004 und 2006 auf Fahrzeuge der Bundeswehr und eine Firma, die an Rüstungsprojekten beteiligt gewesen sei, verübt haben.

Dabei seien die Anschläge in Glinde (2002), Bad Oldesloe und Berlin (2004) sowie erneut Bad Oldesloe (2006) begangen worden. In ständiger Rechtsprechung hat das Bundesverfassungsgericht festgeschrieben, dass zumindest tatsächliche Anhaltspunkte für die Wahrscheinlichkeit einer begangenen Straftat vorliegen müssen.

In den vorliegenden, größtenteils wortidentischen Durchsuchungsbefehlen wird der Tatverdacht gegen einen Beschuldigten beispielsweise daraus abgeleitet, dass er mit weiteren Beschuldigten bekannt sei und sich als Globalisierungs- und Militarismusgegner engagiert habe.

Dass Bekanntschaften und politisches Engagement keineswegs tatsächliche Anhaltspunkte für das Begehen einer Straftat sind, liegt auf der Hand. Als Beispiele für das Fehlen ernsthafter Anhaltspunkte sollen zwei Beispiele aus den vorliegenden Durchsuchungsbeschlüssen genannt werden:
„X stammt gleichfalls aus Bad Oldesloe. Er lebt seit 2001 in Berlin, ... Angesichts der Tatsache, dass die Anschläge unter der Gruppenbezeichnung AK Origami in Berlin und Bad Oldesloe gleichzeitig mit der gleichen Zielrichtung begangen wurden, muss davon ausgegangen werden, dass X an der Brandstiftung in Berlin beteiligt war."
„Der Beschuldigte Y ist der engste Vertraute des Beschuldigten X. Y unterhält darüber hinaus auch Kontakte zu den weiteren Beschuldigten und hält sich zeitweilig in Bad Oldesloe auf. So besuchte er 2005 eine Weihnachtsfeier im [...] oder nahm an Demonstrationen in Hamburg teil. [...] Neben der Antifa-Arbeit tritt Y auch aktiv als Globalisierungs- und Militarismusgegner in Erscheinung. Seine politischen Aktivitäten entsprechen uneingeschränkt dem Betätigungsfeld der vorliegenden terroristischen Vereinigung. Es ist daher davon auszugehen, dass Y neben dem Beschuldigten X als weiteres Mitglied der Vereinigung in Berlin agiert und zumindest an dem Brandanschlag vom 20. März zum Nachteil der Firma ... in Berlin, die wirtschaftlich zur Firma ... in Bad Oldesloe gehört, beteiligt gewesen ist."

Rechtsanwalt Daniel Wölky (Berlin):
„Angesichts der Begründung des Beschlusses gehe ich davon aus, dass die Ermittler nichts gegen meinen Mandanten in der Hand haben. Dass in Deutschland ein Durchsuchungsbeschluss mit Bekanntschaften und politischem Engagement begründet werden kann, erschreckt mich. Ich habe angenommen, dass diese Zeiten längst überwunden wurden."

Rechtsanwalt Alexander Hoffmann (Kiel):
„Dieses Ermittlungsverfahren wegen § 129a ist ein offener Angriff af legale Strukturen. Mit der vorliegenden Konstruktion der Durchsuchungsbeschlüsse könnte eine Vielzahl der im Norddeutschen Raum aktiven Antifaschisten und Kapitalismusgegner ins Visier der Bundesanwaltschaft geraten. Eine beliebige Vielzahl von Hausdurchsuchungen kann angeschlossen werden. Denn was macht eine politische Szene aus?: Praktisch kennt jeder jeden und alle sind politisch ähnlich aktiv.
Die Durchsuchungen sollen offensichtlich Druck auf die linksradikale norddeutsche Szene ausüben und dienen vornehmlich zur Einschüchterung und zu einer allgemeinen Informationsbeschaffung."

Kiel, Berlin 21.06.2007

An die VorbereiterInnen des diesjährigen Euromayday

Liebe Leute,
im Folgenden eine Kritik eurer Reaktion auf unsere Initiative, den Wagen mit dem Transparent „Freiheit für Palästina“ aus dem Euromayday auszuschließen. Da es um ein Problem geht, das breit diskutiert werden sollte – wir denken, bei einigen Veranstaltungen gegen den G8-Gipfel wird Ähnliches passieren –, schicken wir das Papier auch an andere Foren. „Wir“, das sind eine Hand voll Einzelpersonen, die sich darüber zusammenfanden, dass sie sich am antizionistischen Transparent störten.



Zum Geschehen:

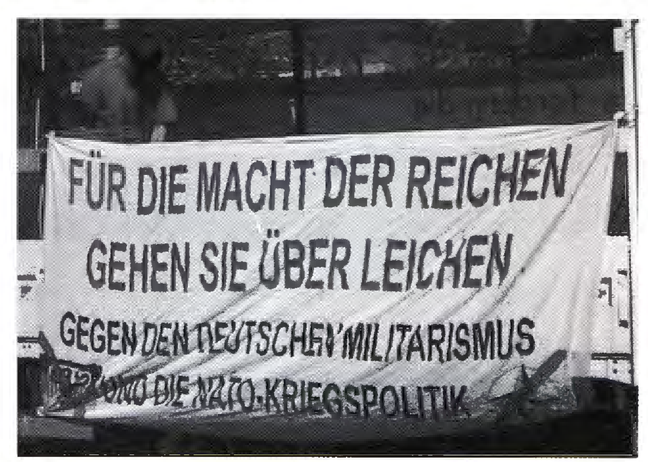
Auf dem Sammelplatz des Euromaydayzuges befand sich ein großer Wagen mit der Forderung „Freiheit für Palästina“. Ansonsten zeichnete sich dieser Wagen durch im Vergleich zur anderen, eher spielerischen Musik durch militante Klänge sowie durch im Verhältnis zu den anderen Darstellungsformen auf der Parade ‚harte‘ Rhetorik und durch nicht nur antiimperialistische, sondern auch ressentimenthafte antiamerikanische Parolen aus. Insgesamt passte der Wagen überhaupt nicht zum Mayday, der doch gerade aus der Kritik an traditionalistischen Formen und identitären Kollektiven – wie Volk/Staat/Nation in Bezug auf Palästina – entwickelt wurde. Einige, denen das Transparent auffiel, sprachen mit einer Person aus der Demovorbereitung, um zu erwirken, dass die Leute aus dem Wagen veranlasst werden, das Transparent abzunehmen oder aus dem Euromayday zu verschwinden. Als nichts passierte – inzwi schen hatte sich der Zug in Bewegung gesetzt mit dem Wagen am Ende –, bemühten wir uns, nach vorne zu kommen, um nochmals mit der Demoleitung zu sprechen, was erst bei der Zwischenkundgebung bei den Landungsbrücken gelang.

Auf diese zweite Intervention reagierte der Verantwortliche mit dem Statement, er habe keine Probleme mit dem Spruch, werde aber ein, zwei Sätze dazu sagen. Das passierte jedoch nicht, sondern der Euromayday zog weiter. Wir verließen die Demo und erfuhren später, dass der Wagen auf Höhe der Reeperbahn abdrehte, um sich der Revolutionären 1.-Mai-Demo anzuschließen. Vormittags soll er schon an der DGB-Demo teilgenommen haben. Weiter erzählten andere, die an der Vorbereitung beteiligt waren, dass der Wagen ohne Anmeldung erschienen und von ihnen per Lautsprecher begrüßt worden sei. Als sie mit der Kritik am Spruch konfrontiert worden seien, hätten sie beschlossen, jetzt nichts zu tun, um den freundlichen Charakter des Events nicht zu stören. Die Gruppe sei aber offen für Kritik und dafür, solche Fragen im Vorfeld des nächstjährigen Mayday zu diskutieren.

Wir fragen uns nun, warum die Vorbereitungsgruppe – und all die anderen, die das Transparent gelesen haben – den freundlichen Charakter des Events nicht gestört sahen durch die Parole „Freiheit für Palästina“?!

Falls „Freiheit für Palästina“ (nicht „für die PalästinenserInnen“) nicht als ‚Freiheit von Israel‘ verstanden wird, fragt es sich, warum das nach den Diskussionen über Antisemitismus und Antizionismus, die in den letzten Jahren stattgefunden haben, so schwer fällt? Ganz so, als ob hier ein ganz neues Problem aufgetaucht und Verständigungsversuche wie das Flora-Papier zu Antisemitismus für den Müll produziert worden wären. Bekannterweise kämpfen für die „Freiheit“, also eigentlich erst die Gründung, von „Palästina“ Organisationen, die Israel oder auch „die Juden“ vernichten wollen. Wer sich davon unterscheiden will, sollte das kenntlich machen. Genauso bekannt ist, dass aus antiimperialistischen Zusammenhängen immer wieder Karten von einem „Palästina“ auftauchen, das auch Israel umfasst. Wer für sich in Anspruch nimmt, „Freiheit für Palästina“ als ‚Freiheit der palästinensischen Gebiete (der Bevölkerung) von der israelischen Besatzung‘ zu verstehen, übersieht, dass die Besatzung dem Schutz Israels dient und nur beendet werden kann, wenn die Organisationen aufgelöst sind, die von dort aus Israel angreifen. „Freiheit für PalästinenserInnen“ wäre ein schöner Spruch, wenn der öffentliche Diskurs so beschaffen wäre, dass damit eindeutig die Freiheit der PalästinenserInnen von ihren islamistischen und arabisch/palästinensisch-nationalistischen Organisationen und Unterstützern bezeichnet wäre. Denn die verhindern, dass rational und emanzipatorisch denkende und handelnde Bevölkerungsteile in den besetzten Gebieten sich durchsetzen und überhaupt politisch tätig werden können. „Freiheit von der Palästina-Solidarität“ wäre ein schönes Motto für die Vorbereitung des nächsten Euromayday.

Einige derjenigen, die die Demo verlassen haben.



Stellungnahme der Antira-Turnier-Organisationsgruppe

Moinsn Genoss_innen *1

Mit diesem Artikel wollen wir unsere Sicht auf die Geschehnisse rund um unsere Party am 16.06.07 darstellen, um die zahlreichen Gerüchte und Märchen, die in der Szene und dem Internet kursieren den Boden zu entziehen. Hierfür arbeiten wir uns an den uns bis Redaktionsschluss der Zeck bekannten Punkten ab, die wir nacheinander bearbeiten wollen. Zuvor wollen wir aber noch alle Gäste unseres Turniers und der Party grüßen, die mit uns ein tolles Wochenende verbrachten – inklusive einer tollen Feier in der Flora, wenn das Folgende so nicht passiert wäre.

Soliparty?

Die Party in der Flora dient für uns neben dem Spaß, den wir dabei hatten, vor allem der Finanzierung unseres Turniers. Ein Einladungsturnier, bei dem Teams aus Europa und Israel anreisen, an Workshops und Zeitzeugengesprächen teilnehmen, mit uns die KZ-Gedenkstätte Neuengamme besuchen, Fussball spielen und eben auch feiern. Wir erhoffen uns, mit diesem Turnier die Vernetzung der antirassistischen Fangruppen zu fördern und eben auch inhaltlich zu stärken. Das alles kostet natürlich eine Menge Kohle: Finanzschwache Teams werden finanziell unterstützt, die Gäste müssen außer für die Party am Samstag für nichts Eintritt oder Teilnahmegebühr zahlen und beziehen ihr Essen bspw. zum Selbstkostenpreis. Aufgefangen wird das durch die Verdienste am Alkoholverkauf und der Party, um die es sich nun drehen soll.

Türpolitik

Einer der Vorwürfe, deren wir uns erwehren müssen, ist der, dass wir eine „harte Tür" gemacht hätten und Leute nicht umsonst in die Flora gekommen wären.
Das ist soweit erstmal korrekt. Wir halten es für respektlos, auf einer Solifeier anzukommen und nicht oder weniger zahlen zu wollen. Das mag jede_r probieren, wenn es aber nicht klappt, sollte mensch das aber auch akzeptieren können. Es gibt keinerlei Regel, dass jede_r reingelassen werden muss. Ob das klappt liegt also einzig und allein an den Menschen an der Tür. Und wer dort Erfolg haben will, sollte vielleicht an die Art und Weise denken, wie er/sie auftritt. Beleidigungen, harter Umgangston und herablassendes Gehabe waren ebenso verbreitet, wie eine „Ich bin die Flora"-Mentalität, die miteinschloss, dass nicht gefragt, sondern gefordert wurde. Dass eine solche Erwartungshaltung nicht von Erfolg gekrönt sein kann, dürfte wohl nicht verwundern. Wer zur Hochzeit der Party um Gruppentarife feilscht, um dann bei Misserfolg auf angeblichen Floraregeln herumzureiten und über Solidarität redet, eigentlich aber Egoismus meint, macht sich selbst mehr als unglaubwürdig.

Der Fall „Artur" *2

Weiteren Unmut erntete der Fall rund um die Person „Artur", der sich aus den von der Person verbreiteten Unwahrheiten nährte. Aus diesem Grunde hier die detaillierte Abfolge der Erlebnisse mit diesem Menschen:
Artur hatte verschiedene Gründe vorgegeben, warum er in die Flora müsse. Zunächst ging es um Besitz, der sich im Bauraum befinden würde. Seine Freunde, die einen Schlüssel für diesen hätten, waren leider nicht in der Nähe, so dass er zunächst nach einem Anruf bei diesen und nachdem das aufgrund fehlender Nummer leider nicht möglich war, um Eintritt bat um diese zu suchen. Dieser wurde verweigert, da bereits andere Personen unter unterschiedlichsten Gründen („Ich mache hier viel in der Flora, lasst mich rein" Anmerkung oben bereits geklärt) versucht hatten, den Eintritt nicht zahlen zu müssen. Wir hatten keine Zeit ihn auf seiner Suche zu begleiten und so wurde ihm geraten draußen auf die Freunde zu warten.
Er wandte sich nun an einen anderen Veranstalter, der ihn an eine andere Person zur Klärung des Problems verwies, wo Artur aber nicht auftauchte, sondern einfach hineinwanderte, weswegen ihm nach kurzer Klärung gefolgt wurde und er gebeten wurde, die Flora zu Verlassen oder zu zahlen. Mit einem Bier in der Hand im Leon Cavallo stehend, sah „Artur" auch nicht besonders suchend aus …
Er wurde nun von einem der Veranstalter hinausbegleitet, ohne berührt oder irgendwie provoziert zu werden. Kurz vor der Tür begann Artur mit Beleidigungen (Idioten, Wichser), nach deren mehrmaliger Wiederholung er in Richtung Bauraum geschubst wurde und ihm das Verlassen der Flora nahegelegt wurde. Die Türschicht sagte ihm nun, dass sich Personen im Bauraum befinden würden (bisher ist leider nicht geklärt, ob diese die ganze Zeit dort waren), wohin sich Artur nun bewegte. In der Tür drohte er noch „Ich weiß wo du wohnst" und entschwand im Bauraum. Diesen verließ er später in Richtung Straße.

„Straßentür"

Später wurde uns berichtet, dass auf der Straße Leute „etwas starten" wollten. Ein Rauchtopf war von nicht zur Party gehörenden Menschen auf die Straße gebracht und dort gezündet worden. Eine andere Gruppe saß vor der Treppe auf der Straße. Einzelne St. Paulianer_innen bewegten sich nun zu diesen Gruppen, um ihnen ihr Vorhaben auszureden. Die Türschicht war daran nicht beteiligt, aber verschiedene Veranstalter_Innen des Turniers und der Party und wohl auch einzelne Sankt Paulianer_innen, die wie uns nun berichtet wurde, durch inakzeptables verbales Verhalten bis hin zur Bedrohung auffielen. Am Abend selbst wussten wir davon nichts, äußern uns aber nun zu den von den Organisator_innen geführten Gesprächen. Eine Sitzblockade auf der Straße konnte von uns nach kurzer Diskussion, die zwar hitzig, aber ohne Beleidigungen oder Drohungen zum Verlassen der Straße gebracht werden. Wir führten an, dass uns das gewollte Eskalieren vor der Flora stören würde (unabhängig von diesem Abend), die Flora mit Gästen aus anderen Ländern, denen das deutsche Polizeiverhalten unbekannt sei und Flüchtlingen mit Duldungsstatus gefüllt wäre und wir, aufgrund der Fülle der Flora, bei einem eventuellen Polizeieinsatz die Türen schließen würden, um diese zu schützen.
Bei der Gruppe auf der Piazzaseite, die sich um den Rauchtopf gruppiert hatte, trafen wir „Artur" wieder. Dieser stand direkt neben dem Rauchtopf und wurde von uns darauf angesprochen, ob er diesen gezündet hätte und wie wir dazu stehen würde. Er wurde beleidigend und verleumdete uns als Zivilpolizisten, woraufhin sich Leute mit ihm solidarisierten und wir nun ebenfalls beleidigend wurden, da es aus unserer Sicht wenige Dinge gibt, die hinterhältiger sind, als eine unerwünschte Person als Polizist zu brandmarken. Er spuckte nun einen der Veranstalter an, woraufhin er im Affekt eine Ohrfeige bekam und zu Boden ging. Dort klammerte er sich mit Armen und Beinen um das Bein des Bespuckten, versuchte ihn zu beißen und schrie, dass er getreten werde. Dem war definitiv nicht so. Der Angespuckte stand mit erhobenen Armen unbeweglich da und beteuerte nicht zu treten, aber nicht wegzukönnen. Dennoch drängten Leute zu ihm, die wir aus Selbstschutzgründen wegschubsten. Als Artur schließlich losließ, schickten wir unsere Leute auf die Florastraßenseite und drehten ihm teilweise den Rücken zu. Diese Situation nutzte er, um einer Veranstalterin in den Nacken zu rotzen, was von anderen gesehen werden konnte. Wir gingen dennoch, eine weitere Eskalation vermeidend, kündigten Artur aber an, dass

diese Geschichte vors Plenum der Roten Flora gehen würde.

Indymedia

Einen Tag später entstanden einige wunderliche Einträge in dem offenen Nachrichtenportal Indymedia. Unter mehreren Nicknames, wurden lauter Kommentare zu einem Artikel, der sich mit den Geschehnissen rund um die Proteste gegen das Mövenpickhotel befasste, verfasst, die sich alle sehr ähnelten und neben Falschdarstellungen vor allem die Drohung mit einer Anzeige bzw. von bereits an die Polizei übermittelten Fotos einer Veranstalterin beinhalteten. Von den Beschreibungen des Hergangs her ist klar, dass der Autor dieser Beiträge nur Artur sein kann. Unsere Gäste wurden als Faschisten verunglimpft und wir mit der SA gleichgesetzt. Ebenso wie das vermeintliche Ziviouting geht auch die Zusammenarbeit mit der Polizei und der Rufmord über das Internet für uns zu weit, so dass wir uns mit der Forderung nach einem Hausverbot für Artur an das Plenum wenden werden.

Leider müssen wir dieses aufgrund der Zeck-Produktion sehr kurz nach den Geschehnissen schreiben, so dass wir das Plenum nicht abwarten können. Aufgrund der Gerüchte und Halbwahrheiten, die derzeit in der Szene kursieren, wollen wir diese Chance der Gegendarstellung aber nicht auslassen. Die Party hat uns und den vielen Gästen übrigens trotzdem viel Spaß gemacht.



Die Turnier-Organisationsgruppe am 20.06.2007
Fanladen Sankt Pauli
Frauenfussballteam Sankt Pauli
Ultrà Sankt Pauli

1* Der Unterstrich „.. _innen“ soll die Funktion haben, dass nicht nur Frauen mitgedacht werden, sondern auch Menschen, die sich zwischen/außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.

2* „Artur“ heißt natürlich nicht Artur, wir hielten es für verständlicher, wenn wir der Person einen Namen geben, wenn wir von ihr erzählen.

Leider war wieder eine Diskette nicht zu lesen und wir haben in Bezug auf den Titel der defekten Datei einfach etwas zum Studi-Boykott an der HfbK Hamburg aus dem Netz gezogen. Damit das nicht ganz wegbleibt. Schickt uns gern nochmal was zu und vergesst nicht, einen Ausdruck beizulegen.
Hatten wir schon mal erwähnt, dass ...

An zwei Hamburger Hochschulen wurde der Boykott nach Erreichen des Quorums gestartet: an der Hochschule fuer Bildenen Kuenste und der Theaterakademie Hamburg. Solidarisiert Euch [...]

Solidaritätserklärung



Die Studierenden der Hochschule fuer bildende Kuenste (HfbK) und der Theater Akademie Hamburg (TAH) boykottieren mit grosser Mehrheit die Studiengebuehren. An den anderen Hamburger Hochschulen ist der Boykott teilweise denkbar knapp gescheitert. In Hessen, NRW und Bayern laufen Boykottaufrufe noch.
Wir solidarisieren uns mit allen Studierenden, die gegen die Einfuehrung der Gebuehren kaempfen. Wir fordern die Hochschulleitungen und die Behoerde auf, endlich die rechtswidrigen Androhungen von Exmatrikulation zu unterlassen. Wir fordern die Hamburger Buergerschaft auf, das so genannte "Studienfinanzierungsgesetz" zurueckzunehmen. Wir fordern den Wissenschaftssenator Joerg Draeger auf, endlich anzuerkennen, dass seine Gebuehrenerhebung gescheitert ist und zuruekkzutreten.
Eine Exmatrikulation der Boykottierenden Studierenden wuerde das Aus fuer die betroffenen Hochschulen bedeuten. Fuer die fatalen Konsequenzen, die dies fuer die Kunst- und Kulturszene in Hamburg bedeuten wuerde, traegt allein der Senat die politische Verantwortung.
Wir lehnen die Umstellung der Hochschulfinanzierung auf Studiengebuehren ueberall grundsaetzlich ab. Hochschulbildung als Menschenrecht muss und kann Allen gleichermassen kostenlos zugaenglich sein - unabhaengig von finanziellen Voraussetzungen. Dies ist moeglich, es muss nur politisch gewollt sein.
Die politischen Perspektiven fuer den Gebuehrenboykott an HfbK und TAH sind klar und greifbar. Wir sprechen allen Beteiligten unsere Unterstuetzung aus. Lasst Euch nicht einschuechtern, bewahrt euren Mut und haltet zusammen. Lasst Euch nicht spalten!

www.hhfbk.de



http://www.gipfelsoli.org/Texte/Militanz/3047.html

g8 autonom nachgeschaut

ein text geschrieben in der hoffnung auf eine wieder mut machende selbstkritische auseinandersetzung in autonomen und anarchistischen kreisen über das, was beim g8 geschah und nicht geschah...

eine schwalbe macht noch keinen sommer da war es wieder für einen moment: das erhebende gefühl, dass wir tatsächlich auch mal angreifen können, dass wir doch ganz schön viele sind, zumindest jetzt und hier mutig und entschlossen. ein schwungvoller auftakt, eine vielversprechende ankündigung. nach rostock traf ich neben berechtigter kritik an friendly-fire-steinen aus der 57. reihe (und dem bedauern, es nicht bis in die innenstadt geschafft zu haben) auf viele, die sich über das entschiedene auftreten des schwarzen blocks freuten, ein verschmitztes lächeln blitzte mir aus vielen augen entgegen. niemand würde diese symbolische kampfansage an den kapitalismus umdeuten können zu einem appell an die herrschenden.

für genosslnnen, die danach nach hause gefahren sind, und das weitere geschehen vor allem über die medien verfolgten, mag sich daran gar nicht so viel geändert haben. sie konnten die darstellungen nicht mit erlebtem abgleichen, sahen nicht, wie ein fieses kleines paradoxon das licht der welt erblickte. während der riot in rostock in der mainstreampresse immer gewaltigere ausmaße annahm, der schwarze block in



aller munde war und noch die letzten hetzblätter über eine renaissance der autonomen spekulierten, fiel unsere organisierung nahezu geräuschlos in sich zusammen. auch wenn es nach außen niemand mitbekommen hat - wer dabei war, weiß das. mein anliegen mit dem folgenden text ist es, dazu beizutragen diesem paradox die kraft zu nehmen und sie für unser künftiges handeln zurückzugewinnen. dazu halte ich es für nötig, zumindest in der auswertung das vielfarbige schweigen zu überwinden, das die autonome bewegung, wie ich sie in den tagen von heiligendamm erlebte, kennzeichnete. kritik ist liebe.

lang, steil und oftmals steinig ist der weg

vielleicht ist es nicht nur von nachteil, den schon etwas muffig riechenden mythos von der stärke der autonomen der brd zerstört zu haben. abgesehen vom erfrischend offensiven vorgehen am 2.juni in rostock lässt sich konstatieren, dass in den folgenden tagen nahezu all unsere praktischen pläne scheiterten. auch organisatorisch haben wir uns nicht gerade mit ruhm bekleckert. die lang diskutierte und allgemein angekündigte 'autonome entscheidungsfindung' innerhalb der gemischten camps fand schlicht nicht statt. viele internationals warteten tagelang vergebens auf genauere informationen und orientierende diskussionen mit genosslnnen aus dem deutschen dissent! spektrum. das infosystem konnte nicht wie erhofft dafür sorgen, das wissen einzelner grüppchen zu kollektivieren - in ermangelung eigener plena waren unsere genosslnnen nun erst recht auf persönliche kontakte zurückgeworfen.
nach der hetze gegen den black block wagten es zudem nur noch einzelne autonome postionen auch öffentlich zu vertreten. nicht zuletzt dadurch wurde die stark unter druck stehende il plötzlich zur einzigen stimme der radikalen linken - ein monopol, das wir ihnen sonst niemals zubilligen würden. statt als autonome, linksradikale und anarchistInnen zu gemeinsamen einschätzungen und handlungen zu kommen haben wir uns in heiligendamm gleich in mehreren dimensionen präventiv verflüchtigt.

davon abgesehen und insgesamt betrachtet sind die proteste nicht erfolglos gewesen, die bullen hatten die situation in vielen momenten nicht im griff. das gilt trotz allem schalen beigeschmack auch für blockg8. viele autonome und anarchistInnen klinkten sich mangels eigener vorhaben dort unterstützend ein. spontan gelang dann doch noch die ein oder andere blockade, die bullen von den sitzblockaden abzog. aktionen wie die mit panzertape eingewickelte und behutsam entlüftete wanne sorgten für gute laune. die schiere masse der menschen, die gleichzeitig auf der strasse saß und durch die wälder huschte hat aus den tagen etwas mehr gemacht, als dem staat lieb sein kann. gleichwohl stößt der "stimmungsumschwung" in der bullenstrategie sauer auf, der nach dem schroffen vorgehen zu wochenbeginn pünktlich zum anflug der g8 erfolgte - die fotos mit den über die felder ziehenden menschenmassen samt pace-fahnen sind mir dann doch um einiges zu kompatibel mit der selbstgefälligen darstellung der brd als oh so demokratisches land. die freiräume allerdings, die durch das bestreben der regierung entstanden, vor der weltöffentlichkeit nicht als polizeistaats dazustehen, hätten wir wiederum weitaus effektiver nutzen können. obwohl von einigen vorausgesehen gelang es uns nicht, gemeinsam zu besprechen, was wir in diesem fall tun wollen. die möglichkeit, das eintreten dieser situation selbstbewußt einzukalkulieren und die staatsmacht mit eigenen aktionen in eine legitimatorische zwikkmühle zu bugsieren, war schon gar nicht mehr im horizont. was den autonomen teil der bewegung angeht kam der protest zwischenzeitlich fast gänzlich zu erliegen, mensch lief halt so mit ... oder wartete auf den nächsten plan, der scheitern sollte.

das hab ich mir anders vorgestellt

wie ihr diesem genörgel entnehmen könnt, denke ich, dass uns die nächste zeit vor

weitreichende fragen stellt. dabei geht es mir keinesfalls um das brandmarken persönlicher unzulänglichkeiten, sondern darum, das verständnis von unserem eigenen handeln und nicht-handeln zu politisieren. darum, überhaupt erst mal zu kapieren, was passiert ist: wie all das, was nicht gelaufen ist in zusammenhang steht mit entwicklungen, die wir vielleicht noch nicht so ganz verstanden haben, mit herrschafts- und befriedungsstrategien, auf die wir offenbar bislang noch keine antworten gefunden haben. weniger abstrakt gesprochen heißt das zum beispiel: wie kontern wir eine bullenstrategie, die nicht per se stur auf das verfolgen einer jeden straftat setzt und so versucht einzelne von uns mit ins boot zu holen, für co-management zu gewinnen im dienste der herrschenden vernunft? die vernunft einer herrschaftstechnik, die auf ideologische zustimmung verzichten kann, solange nur der ablauf nicht wirklich gestört wird. eine vernunft, die suggeriert, dass sich kämpferischer antikapitalismus mit einem von den ordnungskräften ungestörten leben im kapitalismus vereinen lässt, solange, ja solange "es" eben im rahmen bleibt. wir hatten wohl alle gespräche in dieser richtung die letzten tage. die schere im kopf - so ganz und gar nichts neues und doch vor dem aktuellen hintergrund der durchsetzung präventiver high-tech kontrollkonzepte und dem beängstigenden ausmaß, das die gesellschaftliche vereinzelung mittlerweile angenommen hat ein riesenproblem.

wie gehen wir um mit einer bullenstrategie, die jedem und jeder von uns stets auf´s neue die alle kollektivität zersetzende furcht aufnötigen will, ob ICH, ICH, ICH gerade von einer kamera erfasst werde, ein mikrophon meine worte aufgezeichnet - einer strategie, die immer wieder die ängstliche frage in unsere herzen einpflanzen will, ob nicht der moment der befreiung, den ich mir gerade erkämpfe in 10 bis 20 minuten mit einer beweissicher dokumentierten festnahme enden wird. eine antwort darauf ist sicher nach wie vor das entschiedene "just do it!" unserer geballten fäuste. und das ist es, was wir in rostock am samstag erlebten: dass es immer wieder situationen geben kann, in denen die bullen vor uns flüchten, in denen sie die feuerwehr instrumentalisieren müssen, um unsere reihen überhaupt aufzubrechen, in denen wir den kollektiven sprung über ihre vereinzelungs- und einschüchterungstricks hinweg schaffen.

scheiß britische verhältnisse

leider gab es aber in den folgenden tagen auf den camps auch viele momente in denen unsere kommunikation nicht zustandekam, in denen wir selbst es uns im vorgriff auf mögliche repression versagten, uns über unsere kleinen kreise hinaus als internationaler black block zu verbünden. wieviel mehr an kollektiver schlagkraft hätte entstehen können, hätten wir es besser verstanden, die zeit zu nutzen, um unsere verschiedenen ideen in diskussionen auszutauschen und so zu aktionen zu kommen, die tatsächlich zum anliegen aller geworden sind, statt uns nur schnell mal gegenseitig zu diesem oder jenem treffpunkt zu bestellen? an dieser stelle sollten wir echt mal nachdenken, wie wir der paranoia, die uns schon auf der diskussionsebene lähmt, den kampf ansagen können. die in diesem lande aus gutem grunde herrschende vorsicht darf nicht zu einsamer beklemmung und kollektiver sprachlosigkeit führen, sonst hat die gegenseite gewonnen. um gemeinsam handeln zu können, müssen wir uns auf irgendeine art als militante erkennen, hier und da real zusammen kommen und uns austauschen. und mal so nebenbei gesagt: es ging um straßenblockaden. niemand hatte vor, den amerikanischen präsidenten zu erschiessen. das risiko hielt sich in grenzen. das problem setzte sich allgemein in die camps, die bündnisse und nach außen hin fort: außer einer erklärung der international brigades und einem sympathisierenden zeitungsinterview gab es von linksradikaler seite nach samstag nur noch schweigen. den black block schien es nach rostock einfach nicht mehr zu geben. bei sabine christiansen wurde spekuliert, er sei wohl die ganze zeit im wald gewesen... so amüsant es auch ist, sich die expertisen in der bildzeitung darüber durchzulesen "wie der kapuzenmann tickt": letztlich waren wir auch für bislang unorganisierte und potentielle neue genossInnen auf den camps nicht ansprechbar. das am dienstag in reddelich etablierte autonome plenum kam viel zu spät und wurde zudem von deutschen gruppen nicht wirklich angenommen. dissent! schaffte es außer vielleicht in wichmannsdorf nicht, sich ein forum zu schaffen und nahm von einzelpersonen abgesehen



auch keinen einfluss mehr auf die debatten in der il und dem größeren bündnis. dafür ist es zu erstaunlich wenig distanzierungen gekommen. offenbar hat das konzept des großen bündnisses der il doch die ein oder andere frucht getragen. zumindest in rostock hielt das gros der demonstrantInnen überraschend gut zusammen.

neben repressionsvermeidung kann eine weitere ursache für die nicht-existenz autonomer strukturen als eine art organisatorische erstarrung beschrieben werden. angesichts der zu erwartetenden menschenscharen ist es sicherlich verständlich, dass wir als tendentiell nervöse gastgeberInnen zunächst in planungssicherheit zuflucht suchten. leider haben wir dabei im laufe der zeit einige wirklich wichtige dinge wie transport und kommunikation aus den augen verloren. in nahezu allen arbeitsgruppen bildete sich ein ziemlicher tunnelblick mit tendenz zum autismus aus. sicher war es dem chronischen personalmangel geschuldet, dass wir neben dem, was alles getan werden musste enorm viel zeit damit zubrachten, uns permanent gegenseitig zu mobilisieren, uns gewissermaßen im kreis herum für immer neue aufgaben einzuspannen suchten. vielleicht hätten wir uns zwischendrin mal zu einer zwischenbilanz treffen sollen, um unsere strukturen zu

überprüfen und sie den aktuellen bedürfnissen anzupassen. auch dafür hätten wir ein autonomes plenum dringend gebraucht. im nachhinein läßt sich sagen, dass organisatorisch einiges hätte lockerer angegangen werden können, da es in vielen situationen dann ohnehin vor allem auf spontanität ankam - nur war gerade die uns oft schon verlorengegangen.

persönlich war ich entsetzt darüber, wie sehr sich die situation hier schon der präventiven unsichtbarkeit genähert hat, die uns vor zwei jahren in großbritannien aufgefallen war. entgegen aller lehren, die wir aus gleneagles ziehen wollten, waren auch wir in entscheidenden situationen nicht richtungsweisend präsent, sondern verströmten vielmehr häufig eine unbestimmte unsicherheit im umgang mit unseren genossInnen aus anderen ländern, bis hin zu offenem misstrauen. ganz kinder des spektakels schwanken nicht wenige hiesige aktivistInnen hin und her zwischen einer abstrakt euphorischen begeisterung über die verwendung schärferer mittel des straßenkampfes, als dies in unseren gefilden zumeist der fall ist, und dem reflex, all diejenigen für tendenziell wahnsinnig und unverantwortlich zu halten, die diese mittel dann real in ihrer nähe einsetzen wollen. dieser widerspruch ist für unsere genossInnen bisweilen nur schwer verständlich, konnte vor ort nur unzureichend diskutiert werden und sollte auch 'unter uns' mal genauer unter die lupe genommen werden.

there must be some kind of way out of here

wenn ich mir die frage stelle, wohin der weg in nächster zeit gehen soll komme ich so ein wenig in hilfloses grummeln. das einzige was mir einfällt geht in richtung mehr gemeinsamer erfahrungen und diskussionen, weniger fassade und gerede. den anspruch dabei ruhig ne nummer tiefer zu hängen, bevor uns dann doch nur schwindelig wird und am ende alles zusammenkracht. erst mal keine pläne mehr, und wenn dann sehr minimal und kurzfristig und vor allem immer nur für die eigene umsetzung! kleine sachen, vielleicht eine initiative in richtung demokultur: etwa aus der demütigenden praxis der mithilfe bei polizeilichen vorkontrollen auszuscheren. mir blutet jedesmal das herz, wenn ich genossInnen einzeln mit erhobenen händen auf die bullen zulaufen sehe, um sich abtasten zu lassen. das müssen wir uns nicht gefallen lassen! wenn die bullen die einzigen sind, die am antreteplatz antreten und sie ringsumher immer wieder stress mit unwilligen demonstrantInnen haben, werden sie es sich langfristig überlegen, ob sie nicht mit dem quatsch aufhören. ein weiterer punkt sind festnahmen aus der demo raus: die bullen sagen selbst, dass diese situation grundsätzlich schwierig für sie ist. leider erleichtern wir ihnen die sache allzu oft durch nichtstun oder fotografiererei, was nicht besser ist - wenn sich welche erfolgreich wehren, brauchen wir davon keine videos, die später beschlagnahmt werden können. statt uns mit festnahmen dokumentierend abzufinden sollten wir uns weit massiver dafür einsetzen sie zu verhindern. das risiko wegen gefangenenbefreiung einzufahren sinkt wenn viele es tun und außerdem, was soll's? wie viel sicherer könnten wir agieren im wissen, dass sich unsere genossInnen in der situation darum bemühen werden uns nach möglichkeit zu befreien. neben unseren vergleichsweise recht weit entwickelten defensiven techniken könnten wir uns mal wieder gedanken machen, was für ne demo vorzubereiten. falls sich gelegenheiten bieten eine sprühdose dabei zu haben, zum beispiel. wir könnten überlegen, wie wir unsere reihen ab und an mischen oder öffnen, um leuten, die was machen wollen oder gemacht haben schutz und unterstützung zu bieten. in rostock haben es die zivis nicht gewagt festnahmen aus der menge zu machen, und was da ging, geht prinzipiell auch anderswo. es gibt unzählige möglichkeiten, unsere demos aus der defensive endloser verhandlungen über transpilängen heraus zu holen. wir können den abzug des spaliers fordern (vielleicht können ihnen sonst leute von außen ärger machen), von wichtigen kreuzungen nicht weggehen, bis alle festgenommenen wieder frei sind, wir können über wege nachdenken die kameras der bullen zurückzudrängen oder ihnen die zusammenarbeit im zweifelsfall gänzlich aufkündigen, sprich: demos nicht mehr anmelden, wenn uns die bedingungen zu erniedrigend werden.



es gibt sicher noch jede menge andere vorschläge, der zweite auf diesem blatt papier ist es, uns ein gruppenübergreifendes forum zu schaffen, um über all sowas diskutieren zu können, die gegenwärtige aufsplitterung in diverseste organe und kanäle zu überwinden. offene treffen sind ein mittel dazu, haben aber so manchen nachteil. was haltet ihr von frei vagabundierenden flugschriften, gelesen, verteilt und beantwortet kreuz und quer durch alle szenen und banden? wenn der nicht wirklich stattgefundene plan b am freitag in berlin etwas gezeigt hat, dann dass wir uns als autonome, linksradikale und anarchistInnen in berlin von grund auf neu sortieren müssen, wenn praktisch hier und da wieder was gemeinsames rauskommen soll. ein übergreifender austausch könnte vielleicht dazu führen, die oft frustrierende halbherzigkeit gegenüber der verwirklichung von ideen, die nicht die eigenen sind zu überwinden. es wäre doch schön, wenn für gut befundene vorschläge einzelner gruppen auch von den anderen tatsächlich mit nachdruck umgesetzt würden, statt die erstbeste gelegenheit zum rückzug zu nutzen.
wie dem auch sei - es hilft ja alles nix - machen wir also weiter im kampf gegen das schweinesystem

plan b continua - vive la commune des brigades internationales

one

Falsche Kritik, famose Krawalle - was uns zur "Gewaltdebatte" einfällt

Wir waren nicht in Heiligendamm. Aus gutem Grund. Der Großteil der Kritik an G8 ist strohdoof, borniert-falsch, mies - wir sind uns nicht ganz einig. Weder sind die G8 die heimliche Weltregierung, die alles Böse plant. Noch finden wir es ein großes Problem, dass die G8 nicht demokratisch legitimiert sind. Uns stören die Ziele und Zwecke dieser Herrschaften; und für die wäre es ziemlich egal, ob sie sich als G8, als G25 oder als UNO treffen. Wir haben keinen frommen Glauben an die guten Absichten der Leute, die Nationalstaaten vorstehen (1). Die tun ihren Job, das ist das Problem. Die Zwecke von Kapital und Nationalstaaten sind nämlich absolut unverträglich mit unserem Zweck, allen Menschen auf diesem Planeten ein schönes, möglichst unbeschwertes Leben zu verschaffen.
Darum haben wir den Sinn nicht darin gesehen, nach Mecklenburg-Vorpommern zu fahren, um dort mit lauter Leuten zusammen zu protestieren, die allesamt einen nicht sehr aussichtsreichen Appell an das dort versammelte Herrschaftspersonal richten wollten, die Welt doch ein bisschen besser zu machen. Und uns dafür von den Staatsbütteln ordentlich was aufs Maul hauen zu lassen, weil der bürgerliche Staat eben nicht sauber trennt, zwischen radikaler oder bloß radikal klingender, aber eigentlich komplett affirmativer Kritik.

Und damit uns niemand falsch versteht: Auch diejenigen, die in Heiligendamm Steine geschmissen haben, haben keine radikale Kritik an den Verhältnissen. Der Blödsinn, den diese Leute im Kopf haben, soll in diesem Text nicht das Thema sein. Und an albernen Ritualen, wer's den Bullen wie gezeigt hat, haben wir auch eher weniger Interesse.
Dennoch: Wir haben mehr als heimliches Vergnügen empfunden, als die Militanten die dämliche Inszenierung des braven staatsbürgerlichen Protests gestört haben. Es ist ja nicht nur so, dass Deutschland als Gastgeberland zeigen wollte, dass es im Gegensatz zu Russland allen folgenlosen Protest zulässt, weil sich Merkel um die Akzeptanz der Herrschaft im Volk im Gegensatz zu Putin keine Sorgen macht - und darum nicht aus jeder Opposition eine Bedrohung des Staates zusammenzimmert. Die Sache liegt noch schlimmer: Die im Ostseebad versammelten politischen Eliten konstruieren aus den versammelten und artikulierten Besorgnissen über Hunger, Krieg, Menschenrechtsverletzungen, Klimakastrophen, AIDS ihre "Verantwortung" für die Welt. Und das läuft bei den Chefinnen und Chefs der mächtigen kapitalistischen Nationalstaatenauf eine Selbstermächtigung hinaus, die versammelte politische, militärische und ökonomische Macht einzusetzen, um die herrschende Weltordnung -nachhaltig, gerecht, gendergemainstreamt - aufrecht zu erhalten. Und das bedeutet, was immer die guten Absichten von Protestierern, Protestanten und Potentaten sein mögen, Folter, Hunger, Bürgerkrieg, Abschiebung, Armut, also Ausbeutung und Überausbeutung für den Großteil der Menschheit zu garantieren.
Diese Inszenierung, dass die Politik aufgrund der Sorgen der Bürger genau das tut, was sie tut, haben die Militanten gestört, indem sie den Abstand zwischen sich und dem Staat auf Wurfweite erhöht haben. Dafür könnten wir sie abknutschen.
Kaum etwas ist alberner und dämlicher als die neue Gewaltdebatte in der bürgerlichen Öffentlichkeit und bei ihren linken Hofnarren. Da treffen sich in Heiligendamm die Oberbefehlshaber ihrer weltweit aktiven Armeen, die Chefs der Chefs der Knüppelgarden der herrschenden Ordnung, die Verwalter einer Ordnung, die jeden Tag zigtausend Hungertote produziert. Und ihr regt euch über Polizisten auf, die zur

Abwechslung mal selbst Tränengas schnuppern mussten? Entschuldigt bitte, ihr habt sie nicht alle.
Unser Problem ist: Auch die Militanz-Spielchen ändern nichts. Täten sie es, wären Pflastersteine dennoch nicht unser bevorzugtes Medium der Kommunikation. Denn wir mögen es nicht, wenn Menschen zu Schaden kommen. Echt nicht. Schon gar nicht die Gewalt der Gewaltmonopolisten, die dafür sorgen, das man auf so alberne und verzweifelte Methoden zurückgreifen muss, wie Pflastersteine zu werfen oder Tränengas zu versprühen. Aber wenn Menschen den Mythos der Gewaltlosigkeit dieser Verhältnisse angreifen und die Idylle der gemeinsamen Ziele von Herrschenden und Protestierern stören, dann ist das gut. Und dann sollte man mit den armen Schweinen, an denen der Staat seinen Anspruch durchexerziert, dass er das Gewaltmonopol hat, Solidarität - immer ein Hinweis darauf, dass es nicht gut steht- üben. Und ihnen jedenfalls nicht in den Rücken fallen und sich staatsdienlich distanzieren.

Das wusste schon Merleau-Ponty: Wer sich der Gewalt gegenüber der Gewalt enthält, perpetuiert die Gewalt. Dieses kreuzmoralische Urteil teilen wir.

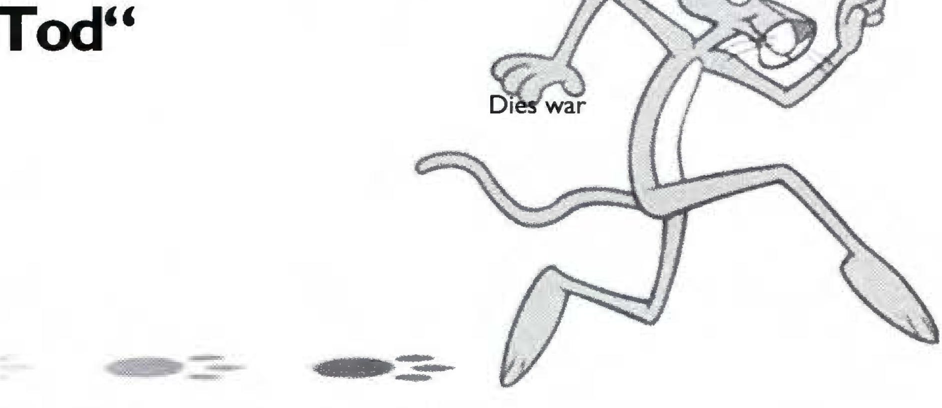
Anonyme Linksradikale Gruppe (ALG)

(1) Noch weniger wollen wir solchen frommen Glauben statt ihn vernünftig zu kritisieren, pädagogisch nutzen, indem wir Kreide fressen, unserer Kritik nicht äußern, stattdessen mit "Tendenzforderungen" die Leute da abholen wo sie angeblich stehen, um sie dann dahin zu führen, wo wir so rumsitzen. Anders formuliert: Forderungen, die die Leute verarschen, die man aber selber nicht für realistisch hält, sind kein Mittel der Aufklärung.



Betrachtugen zur linksradikalen Mobilbisierung gegen den G8 in Heiligendamm:

„In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod"



Unter diesen Motto haben sich die Revolutionären Zellen 1983 in einem längeren Text mit der Friedensbewegung und den weltweiten ökonomischen und politischen Umbrüchen auseinandergesetzt, die heute auch als Globalisierung verstanden werden. Zur Strategie der radikalen Linken sagten sie damals u.a., „wir müssen aus der fatalen Abhängigkeit von dem Friedensbündnis herauskommen und eigene Fronten aufmachen. Die Anlehnung und Orientierung an Themen und Verlaufsformen des Protest gegen die Stationierung bedeutet eine politische wie praktische Einengung, aufgrund derer sich die erklärten Ziele in ihr Gegenteil zu verkehren drohen. ... Solange eine radikale Massenbewegung nicht in Sicht ist, die im Widerstand gegen imperialistische Vernichtungsstrategien zugleich die Machtfrage stellt, bleibt uns keine andere Wahl: Unsere Politik muss weiterhin auf eine Stärkung der Linken, auf ihre Radikalisierung und erweiterte Militanz abzielen. ... Die Transformation der „bürgerlichen Demokratien", die aus dem politökonomischen Umwälzungen resultiert, wird die legalen Handlungsspielräume der Linken weiter einengen, zumal dann, wenn die Bedingungen selbst eine Radikalisierung des Widerstandes erfordern. Dass die neuen sozialen Bewegungen keinen Schutz darstellen, in dessen Schatten sich Militanz organisieren lässt, hat die Friedensbewegung hinlänglich bewiesen. Eine radikale Linke, deren Selbstverständnis darin besteht, Widerstand immer wieder neu zu ermöglichen, muss sich eigene Strukturen von Subversion und Illegalität schaffen, um unberechenbar, unfassbar, unbesiegbar zu bleiben."

24 Jahre später scheint diese Analyse gleichzeitig fern und nah. Einerseits haben die Veränderungen der globalen Kräfteverhältnisse wie auch der politischen Rahmenbedingungen für emanzipative und linksradikale Politik in der BRD völlig neue Ausgangsbedingungen geschaffen. Andererseits hat der Verlauf der Proteste gegen den G8 gezeigt, dass die radikale und militante Linke mehr denn je in der Defensive ist. Und es müßte im erwähnten Zitat lediglich „Friedensbündnis" und „Stationierung" durch „Antiglobalisierungsbündnis" und „G8" ersetzt werden, um der Analyse ihre Aktualität zurückzugeben.

Anfang des Jahres wurde von verschiedenen linksradikalen Gruppen der unmittelbar vor dem G8-Treffen stattfindende ASEM Gipfel (Versammlung der europäischen und asiatischen Aussenminister) in Hamburg zum Anlass genommen, eine überregionale Demonstration zu organisieren, die gleichzeitig Auftakt für die Proteste gegen den G8 sein sollte. Im Unterschied zur Großdemo in Rostock war das Ziel eine linksradikale Mobilisierung, an die sich zwar andere Gruppen anschließen sollten, aber nicht ein breites Bündnis um den Preis der Aufgabe linksradikaler Inhalte. Die Mobilisierung zu dieser Demonstration war nur teilweise erfolgreich. Zwar gab es einen relativ großen linksradikalen Block, er war größer als bei Demos während der letzten Jahre, jedoch kleiner als bei der letzten großen linksradikalen Demo 1995 in Hamburg gegen das Radikal Verfahren. Der linksradikale Block blieb insgesamt weitgehend unter sich und es gelang nicht, nennenswert über die Szene hinaus zu mobilisieren. In der hinteren Hälfte der Demo fand sich dann zwar das politische Spektrum bis zur Linkspartei, doch von der Breite und den Zahlen blieb dieser Teil der Demo weit hinter deren Möglichkeiten zurück. Die Interventionistische Linke hatte schon zuvor eine Beteiligung an dem Demo-Bündnis abgelehnt und vielmehr auf die Kooperation mit Attac, anderen Reformisten und NGOs in Heiligendamm gesetzt.

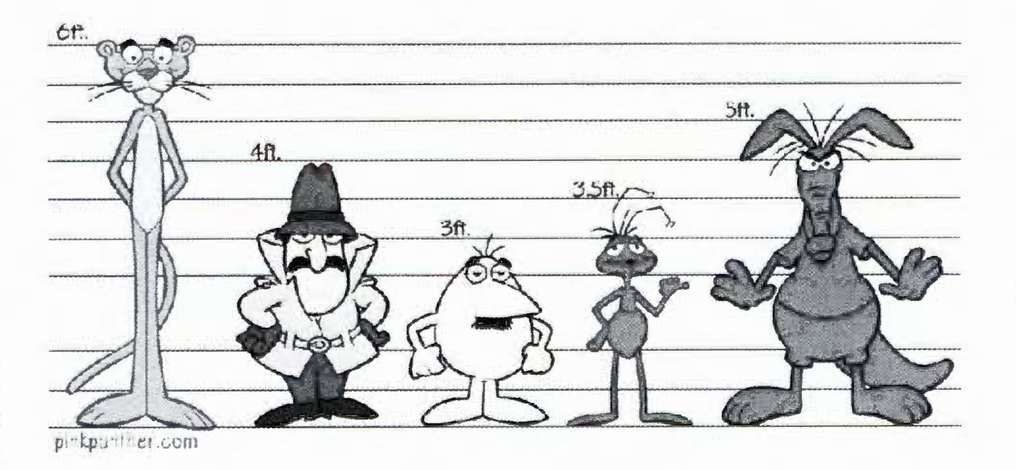
Die Stärke der Demo in der ersten Hälfte hat zwar dazu geführt, dass es von den Bullen bis zur Auflösung keine größeren Angriffe gab, ihr Wanderkessel war jedoch insoweit erfolgreich, dass auch wir nicht in die Offensive kamen. Die Demo war aber nicht stark genug, das politische Ziel, das Treffen im Hamburger Rathaus „anzugreifen", zu erreichen. Daher war es richtig, die Demo am Rödingsmarkt aufzulösen. räumlich der Punkt mit der größten Nähe zum Rathaus. So blieb uns wenigstens ein Moment der Unberechenbarkeit. Es uns dann jedoch nicht gelungen direkt, oder später im Anschluss, in die Innenstadt zu kommen. Statt dessen haben sich die Auseinandersetzungen, wie vielfach in den vergangenen Jahren, in das Schanzenviertel und vor die Flora verlagert. Eine reales Infragestellen oder eine Störung des Gipfels war so nicht möglich. Die üblichen kleinen Riots vor der Flora machen nicht nur deutlich, dass wir die Auseinandersetzung nicht an den Ort des Geschehens tragen konnten. Sie zeigen auch, dass es weder erfolgreiche Konzepte für ein Auflösungsszenario gibt, noch tragfähige Strukturen, die die politische Zielsetzung der Mobilisierung, trotz der Demoauflösung, in die Hände nehmen könnten.

Neben ihrer Funktion als (linksradikale) Auftaktveranstaltung zum G8 bekam die ASEM-Demo nach den norddeutschlandweiten Razzien vom 9.5.07 wegen der sogenannten „Militanten Kampagne" zusätzlich den Charakter einer Antirepressionsdemo. Nachdem es noch im Frühjahr nach verschiedenen Brandanschlägen im Zusammenhang mit den Mobilisierungen nach Heiligendamm zunächst Streit in den Anti-G8 Bündnissen um Distanzierungserklärungen beispielsweise von Attac gegeben hatte, wurden nun die Razzien und das §129a Verfahren der Bundesanwaltschaft einhellig als Kriminalisierung und Einschüchterung des globalisierungskritischen Widerstands zurückgewiesen.

Eine neue Dimension erreichten die Auseinandersetzungen allerdings nach der Demo gegen den G8 in Rostock am 2.6.. Sprecher von Attac verglichen Militante mit Nazis und setzen sich für den Ausschluss und die Auslieferung von Militanten an die Bullen ein. Vertreter der Interven-

tionistischen Linken distanzierten sich in ihren Stellungnahmen zwar nicht von militanten Aktionen, lösten sich jedoch nicht aus dem Bündnis mit Attac und anderen reaktionären Kräften. Nach der Demo von Rostock waren die Aktionen vor dem Zaun um Heiligendamm von politischer Selbstentwaffnung geprägt. Militante wurden vielfach behindert oder gar ausgeschlossen. Sich mit erhobenen Händen vor räumende Bullen zu setzen oder zu stellen, gilt der Mehrheit der GlobalisierungskritikerInnen als politisch angemessen. Bei diesem Spektrum handelt es sich überwiegend um ein junges studentisches Mittelklassenmillieu, dass wie die Friedensbewegung vor 25 Jahren keinen Begriff von den Grenzen formaler Demokratie, Systemgegnerschaft oder repressiver Durchsetzung von kapitalistischen Interessen hat. Im Kampf gegen die Castor Transporte im Wendland gab es in den letzten Jahren noch das brüchige Bündnisverständnis eines Neben-Einander-Her, wonach die militante Linke auf ihre Art zum Kampf gegen den Castor beiträgt, während bürgerlich orientierte Gruppen Strategien des zivilen Ungehorsams praktizieren, ohne sich offensiv zu distanzieren. Auch wenn das globalisierungskritische und das Anti-Atom Spektrum nicht deckungsgleich sind, zeichnet sich nun zum ersten Mal seit Jahren eine ideologische und praktische Zusammenarbeit der Mehrheit einer Protestbewegung mit den Bullen gegen militante Ansätze ab. Dem konnten die linksradikalen Gruppen, die auf das Konzept breiter Bündnisse gesetzt haben, nichts entgegensetzen. Der militanten Linken ist es nach der Demo in Rostock nicht gelungen, innerhalb der weiteren Linken ihren Begriff von Systemgegnerschaft gegen ein mörderisches Weltregime und einer entsprechende Wahl der Mittel deutlich zu machen. Dabei ist es völlig unerheblich, ob die Auseinandersetzungen auch oder sogar überwiegend von Provokateuren im Bullenauftrag getragen wurden. Von unserer Seite gab es kaum eine inhaltliche Vermittlung, warum sich Systemgegnerschaft die Wahl der Mittel nicht vorschreiben lässt und dass es uns dabei auf die Kräfteverhältnisse in Auseinandersetzungen, den Aufbau von Gegenmacht und unser Ziel von gesellschaftlicher Befreiung ankommt.

Es ist auch nicht gelungen, die Aktion schon aus sich heraus zu vermitteln. Da die Demo in Rostock einerseits von einem sehr heterogenen Bündnis getragen wurde und des weiteren bis zur Abschlusskundgebung überwiegend von einem Deeskalationsstrategie der Bullen geprägt war, stellt sich die Frage, ob es politisch klug war, eine Bullenwanne anzugreifen, die allein am Straßenrand stand. Wenn man jahrelang in Wanderkesseln auf Demos läuft, staut sich einige Wut auf. Diese hätte aber dann im Nachhinein offensiv politisch transportiert werden müssen. Satt dessen wurde das politische Feld der Demoleitung und Nachbereitung dem Spektrum von Attac bis zur Interventionistischen Linken überlassen.
Die Vermittlung linksradikaler Inhalte hat dagegen nach den Anti-G8 Hausdurchsuchungen in Hamburg und nach und vor der ASEM-Demo relativ gut geklappt. Neben Spontandemos und militanten Solidaritätsaktionen gab es Presseerklärungen, Interviews und Pressekonferenzen, bei denen ein Teil unserer Inhalte auch in den bürgerlichen Medien rüber gekommen ist. In Fernsehen und Zeitungen wurde die Rechtsgrundlage und auch die taktische Sinnhaftigkeit der Repressionsmaßnahmen in Frage gestellt, weil eher ein Anheizen der Stimmung befürchtet wurde. Im Anschluss an die ASEM-Demo stritten sich SPD, Grüne und CDU, wenn auch auf eine verquere Art, über die demokratische Legitimität von Demo-Wanderkesseln. Die relativ große Demo in Hamburg unmittelbar nach den bundesweiten Haudurchsuchungen hat auch das linksradikale Mobilisierungspotential deutlich gemacht. Es war nicht verschwindend, allerdings auch nicht besonders stark.



Wenn mensch die Demosituation in Hamburg und Rostock vergleicht, dann war es in Rostock im Gegensatz zur ASEM Demo in Hamburg aufgrund der Masse der Leute objektiv möglich, offensiv gegen die Bullen zu agieren. In Hamburg haben wir diese Voraussetzungen nicht schaffen können. Die wenigen AktivistInnen und Gruppen haben sich mit aller Kraft und Konzentration ihrer Kapazitäten dafür eingesetzt, dass überhaupt eine einigermaßen organisierte Demo und Aktionswoche gegen den ASEM und die G8 in Hamburg zustande kam. Nach der politischen Zielrichtung wäre es für Hamburg sinnvoll und vermittelbar gewesen, in die Innenstadt zu kommen und in Heiligendamm militant am Zaun zu agieren bzw. den Gipfel sonst materiell zu stören. Beides haben wir kaum realisieren können. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen, sollten wir unsere Kräfte klar einschätzen. Sie reichen für eine symbolisch militante Propaganda, mehr scheinen wir derzeit nicht hin zu bekommen.
Eine teilweise vergleichbare politische Isolierung wird am Beispiel der „Militanten Kampagne" in den letzten Jahren sichtbar. Der Hamburger Verfassungsschutz (VS) war zwar seit seinem Chef Lochte und unter seinem Nachfolger Uhrlau immer etwas weiter vorne als andere Repressionsorgane. Nach dem das Auto des Bildzeitungschefs Diekmann abgefackelt worden war, warb allerdings der jetzige VS-Chef Vahldieck dafür, dass die Militanten doch überlegen sollten, inwieweit ihre Strategie politisch tragfähig ist.
Daraus spricht zum einen, dass den Repressionsorganen zur Zeit nicht mehr besonders viel einfällt, um die erfolgten Anschläge aufzuklären oder weitere Anschläge zu verhindern. Dabei haben sie ihren Apparat in großem Umfang angeschmissen: Im Rahmen der §129a Ermittlungsverfahren, die üblicherweise mit umfangreichen Observationen von Verdächtigen und ihrem persönlichen Umfeld, mit Telefonüberwachung und Hausdurchsuchungen verbunden sind, wurden auch spezielle Methoden der „Rasterfahndung" bekannt: In mehreren Hamburger Postzustellungsbezirken wurde die ganze eingehende Post überwacht, um herauszufinden, wo Anschlagserklärungen eingehen. Um dann diese Briefkästen zu überwachen.

Ebenso wurden in Hamburg Filialen einer Drogeriekette überwacht, aus denen vielleicht Materialien für die Brandanschläge stammen könnten. Gleichzeitig wurden die Sicherheitsbeauftragten von anschlagsrelevanten Unternehmen beauftragt, den eigenen Personen- und Objektschutz auszudehnen. Die Bullen wiederum versuchen, ihr Ringfahndungskonzept nach erfolgten Anschlägen zu verbessern. Die Sicherheitsapparate haben also einiges hochgefahren, was ihnen an Methoden seit der Fahndungsarbeit gegen die RZ oder die RAF zur Verfügung steht (und dabei geht es „nur" um Brandanschläge ....) scheinen aber mit den Ermittlungen weitgehend im Dunkeln zu stochern, da es offensichtlich bisher noch keine Ergebnisse gibt, die für Haftbefehle gegen auch nur einen der Beschuldigten ausreichen würden



Zum andern hat der Hamburger VS aber auch ein Körnchen Wahrheit aufgedeckt. Die Anschläge gegen den Finanzstaatssekretär Mirow aus Hamburg, den Chef der Bildzeitung oder die Leiter einer Werbeagentur der Kampagne „Wir sind Deutschland", sprechen in der radikalen Linken inhaltlich für sich selbst. Politisch haben sie jedoch vor allem den Charakter von Bestrafungs- und Propagandaaktionen: Nach dem Motto, dieser oder jener ist für diese oder jene Schweinerei verantwortlich. Die Aktionen bleiben genauso wie augenblicklich unsere Demos symbolisch, sie verdeutlichen Widerspruch, sind aber nicht in der Lage, zu einem politischen Richtungswechsel beizutragen oder Räume von sozialer Gegenmacht aufzubauen. Weil die radikale Linke und auch die sozialen Basisbewegungen so schwach sind, ergeben sich noch nicht einmal Ansatzpunkte für gemeinsame inhaltliche Kampagnen, die materiellen Druck aufbauen oder ausüben. Außerhalb der militanten Linken besteht die politische Relevanz der Anschläge weder in ihren inhaltlichen Begründungen oder in einer gewissen Quantität, sondern vor allem darin, dass sie von den Ermittlungsbehörden bisher nicht aufgeklärt oder verhindert werden konnten. Insofern sind die Anschläge auch von einer politischen Beliebigkeit getragen. Die Enteignungsaktionen der „SuperheldInnen" und „Überflüssigen" haben dagegen zumindest soziale Phantasien ausgelöst. Ihre öffentlichen Aneignungs- und Verteilungsaktionen in Delikatessenläden oder Luxusrestaurants haben aus sich heraus auch nur den Charakter von symbolischen Aktionen, sprechen aber gleichzeitig mit ihrer Kritik ein allgemeines Bewusstsein von wachsender Ungleichheit und Verarmungsprozessen an. Die RZ haben sich Anfang der neunziger Jahre aufgelöst, weil sie keine Perspektive mehr sahen, militant in soziale (Massen)kämpfe zu intervenieren bzw. diese zu unterstützen. Inzwischen sind wir an einem Punkt, an dem es uns noch nicht einmal mehr gelingt, mit Straßenmilitanz politisch zu intervenieren und eine systemkritische Politik nach außen zu vermitteln. Die RZ von 1983 hatten Recht, „solange Massenbewegungen keine Machtfrage stellen können, muss unsere Politik weiterhin auf eine Stärkung der Linken, auf ihre Radikalisierung und erweiterte Militanz abzielen." Aus unserer Sicht ergeben sich also folgende Fragen für die inhaltliche Klärung und für die Praxis der radikalen Linken:

· Wie können wir das praktische Zusammenwirken der verbliebenen Reste der radikalen Linken stärken?

· Wie ist es möglich, sich gemeinsam auf Aktionsformen oder inhaltliche Felder zu verständigen, damit wir eine kritische Masse erreichen bzw. ein politisches Gegengewicht bilden können?

· Wie können wir unabhängig von konkreten Aktionen kontinuierlich unsere Inhalte und unser Vorgehen in die Linke und in die breitere Öffentlichkeit besser vermitteln?

· Wie können wir vor, während und nach militanten Aktionen aus Massensituationen (bei Demos, an Zäunen oder Gleisen) dafür sorgen, dass unsere Aktionen auf möglichst viel Zustimmung oder zumindest Akzeptanz stoßen?

· Wie können wir verhindern, dass nach militanten Aktionen wie bei der Demo in Rostock, (die nicht planbar aber auch nicht überraschend waren), kaum eine politische Vermittlung von uns statt fand?

Uns wäre wichtig, dass wir dazu innerhalb der radikalen und militanten Linken eine Debatte hin bekommen. Wobei wir unter Militanz diejenigen Aktionsformen verstehen, die sich dem herrschenden Handlungsrahmen entziehen und inhaltlich danach bemessen, wie wir einer herrschaftsfreien Gesellschaft näher kommen.

Die Debatte der „Militanten Gruppe" um ihre Militante Plattform hat dazu nicht wirklich weiter geholfen. Dort wurde abstrakt zur historischen Ableitung von Widerstands- und Politikformen doziert ohne konkret deutlich zu machen, wie militante und radikale Politik heute zu einer Stärkung von sozialer Widersprüchlichkeit hin zu einem Systembruch beitragen kann. Dabei setzen wir voraus, dass sich die radikale und militante Linke kontinuierlich mit diesen Fragestellungen beschäftigen muss. Das braucht nicht immer in der Öffentlichkeit zu geschehen. Es kann unter Umständen sinnvoller sein, bei der Vorbereitung von konkreten Aktionen und Kampagnen im kleinen Kreis genau zu diskutieren, wie Inhalte und Aktionsformen zur Stärkung von sozialen Widersprüchen bzw. der radikalen Linken beitragen. Ein weiter so wie bisher wird uns nicht weiter helfen. Das wäre für die radikale Linke heute der tödliche Mittelweg.

Die rosa roten Panterchen

Auswertung Heiligendamm - EA / Legal Team

Am Montag hat der EA/Legal Team in Rostock seine Arbeit beendet. Hier eine Zusammenfassung der vergangenen anderthalb Wochen aus der Sicht des EA/Legal Team.

Die Zusammenarbeit zwischen Aktivist_innen und EA/Legal Team hat gut geklappt. Wir haben rund 1100 Fest- und Gewahrsamnahmen aufgenommen, was sich fast mit der offiziellen Zahl der Cops von 1057 deckt. Wir gehen also davon aus, das uns der überwiegende Teil der Fest – und Gewahrsamnahmen gemeldet wurde. Ihr habt gut aufeinander aufgepasst! Auch die Abholdienste von den Gesas und JVAs haben gut geklappt. 1100 hört sich jetzt erstmal viel an, ist aber weniger, als wir angesichts der Drohungen und Aktivitäten der Cops im Vorfeld erwartet hatten. Lasst Euch von dieser Zahl nicht entmutigen, sondern freut Euch über eine erfolgreiche Widerstandswoche.

Hier eine Sammlung von Ereignissen, die uns während unserer Arbeit besonders aufgefallen sind:
Die Demo am Migrationstag wurde ständig behindert und kam in 2 Stunden nur 200 Meter weit. Begründet wurde die Verzögerung mit fadenscheinigen Gründen.
Bei fast allen Aktionen wurden immer wieder einzelne Personen scheinbar grundlos raus gegriffen. Greiftrupps sind mit Fotoabzügen herum gelaufen und haben Leute gesucht. So wurden z.B. Leute brutal festgenommen, mit Bilder verglichen und dann wieder gehen gelassen, weil sie der Person auf dem Bild nicht ähnelte.
Bei einer Sitzblockade ging ein Cop einmal entlang und sprühte aus nächster Nähe der ersten Reihe eine Ladung Gas ins Gesicht.



Die Durchführung der Festnahmen war insgesamt sehr brutal. Legal Team bzw. Sanis hatten keine Chance an die Festgenommenen ran zukommen. So wurden z.B. Pfefferspray eingesetzt, obwohl die Leute schon durch Schläge mit Schlagstöcken verletzt waren, ein anderer Festgenommener wurde mit seinem T- Shirt, das ihm über den Kopf gezogen wurde, gewürgt.
Es gab mindestens drei schwere Augenverletzungen durch Wasserwerfer Einsätze in der Nähe des Zaunes. Obwohl Rettungswagen der Polizei anwesend waren, mussten die Verletzten eine halbe Stunde auf einen zivilen Rettungswagen warten, weil Augenverletzungen nicht lebensbedrohend seien. Einer hatte anschließend eine getrübte Linse, eine andere Person hat aus dem Auge geblutet.
Cops sind auf das Camp Rostock gegangen und wollten dieses durchsuchen. Erst nachdem AnwältInnen da waren, die nach dem Durchsuchungsbeschluss fragten, mussten die Cops eingestehen, dass sie einen solchen zwar beantragt haben, es aber keine Rechtsgrundlage für eine solche Maßnahme gab. Sie sind dann wieder abgezogen.
Im Anschluss daran gab es Kontrollen an der nahen S- Bahn Station, bei denen Frauen in den Schritt gefasst wurde, dabei wurden anzügliche Geräusche gemacht. Auch nahe dem Camp Wichmannsdorf gab es solche sexistische Übergriffe der Cops. Eine Gruppe von Frauen musste sich am Dienstag (05.06.) auf einem Parkplatz vor allen anwesenden Cops ausziehen.
Festnahmegründe waren meist konstruiert bzw. vorgeschoben. So wurden z.B. Menschen die lediglich ein Halstuch oder eine Sonnenbrille im Rucksack hatten, wegen Vermummung in Gewahrsam genommen. Zeitgleich konnten aber hunderte andere mit Halstuch und Sonnenbrille die Sperren ungehindert passieren. Andere Festnahmegründe waren z.B. Salatöl im PKW mit sich zu führen oder Fahrrad zu fahren. Ein Demonstrant wurde von den Cops verletzt, im Krankenwagen ins Krankenhaus gebracht, am nächsten Morgen um fünf Uhr wieder abgeholt und in Gewahrsam genommen.
Sanis und ein Arzt wurden festgenommen und konnten deshalb nicht zu den Verletzten. Außerdem haben die Cops auch auf der Straße versucht die Presse zu zensieren. So wurden bei mindestens einem Reporter, der sich mit Presseausweis auswies, unliebsame Fotos gelöscht.
Außerdem wurde ein Reporter mit dem Vorwurf der passiv Bewaffnung und Landfriedensbruch in Gewahrsam genommen. Hintergrund war, dass er wie viele andere seiner Kollegen einen Helm trug. Ein anderer Reporter wurde bei einem Wasserwerfer Einsatz verletzt.
Auch vollkommen Unbeteiligte waren Opfer der Repression. So wurde z.B. eine Frau aus dem Ausland, die nicht mal wusste, dass gerade G8-Gipfel in der Region ist, von den Cops beim Trampen aufgegriffen und in Gewahrsam genommen.
Auch durch die lang andauernden Kontrollen wurden Aktionen behindert. Ein Bus mit Menschen aus Griechenland und Italien ist am Mittwoch (6.6.) auf dem Weg nach Rostock/ Laage aufgehalten worden. Alle Leute aus dem Bus wurden in einem Gefangenenbus in der Gegend herum gefahren bis die Demo vorbei war. Anschließend wurden sie wieder zu ihrem Bus gebracht und durften weiter fahren.

Den Clowns wurde insgesamt ziemlich übel mitgespielt. Sie mussten vor den Augen der Polizei Wasser aus ihren Spritzpistolen trinken, weil angeblich Säure drin war. Bei einer ARD Fernsehveranstaltung wurde ein Clown der mit erhobenen Händen auf der 2 Meter hohen Bühne stand und Quatsch machte von einem Cop von der Bühne gestoßen und ist auf einen Metallzaun gefallen. Andere Personen, die einer Blockade Wasserflaschen bringen wollten, wurden vom USK gezwungen die 40 Flaschen Wasser die sie dabei hatten anzutrinken, um damit zu beweisen, dass es sich wirklich um Wasser handelt.
Leute, die am Freitag in der Nähe des offiziellen Mediencenters in Kühlungsborn nackt baden waren, sind von Zivicops in Badehosen aus dem Meer gezogen worden.

Die Cops haben massenhaft Platzverweise ausgesprochen. Die meisten dürften rechtswidrig gewesen sein. Z.T. waren sie für viel zu große Gebiete oder einen zu langen Zeitraum ausgesprochen oder überhaupt nicht näher bestimmt. Einem Anwohner wurde z.B. ein Platzverweis für den eigenen Wohnort erteilt. Leider haben sich viele Leute von den Einschüchterungsversuchen der Cops beeindrucken lassen und sich tatsächlich überlegt, sich nicht mehr in dem Gebiet um Heiligendamm zu bewegen oder gleich nach Hause zu fahren. Das ist sehr schade. Gewahrsamsgründe gab es so viele und sie wurden so willkürlich zugeteilt, dass ein Verstoß gegen einen Platzverweis auch keine Rolle mehr gespielt hät-

te.
Insgesamt haben sich die Cops bei Aktionen, Kundgebungen und Demos sehr provokativ verhalten. Es gab häufig Situationen (wie z.B. bei der überaus friedlichen und bunten Abschlusskundgebung), bei denen plötzlich Einheiten grundlos behelmt in die Menge gestürmt sind, da dann herum standen, vereinzelt Leute rauszogen, um dann wieder abzuziehen.

Arbeitsbehinderungen des EA/Legal Teams und der Rechtsanwält_innen (RAs)

Es war die ganze Zeit über so, dass die Arbeit der RAs stark behindert wurde. Dies begann auf der Straße, wenn das Legal Team versuchte an Festgenommene heran zu kommen, um den Namen zu erfahren, um sich später gezielt nach der Person erkundigen zu können. Die Cops versuchten bereits die erste Kontaktaufnahme zu verhindern. So wurde z.B. einer Person der Mund zugehalten, damit sie den Namen nicht rufen konnte und der RA wurde weg geschubst. In den ersten Tagen wurde gegenüber den RAs z.T. behauptet, das sei verbotene Kontaktaufnahme zu den Gefangenen und damit eine Ordnungswidrigkeit. Es gab häufig gezielte Desinformationen der RAs durch die Cops. In den Gesas wurde den Leuten häufig gesagt, die RAs wären nicht da bzw. hätten keine Zeit, während zeitgleich vor der Gesa an die 20 Anwält_innen standen, weil ihnen der Zugang zu den Gefangenen verwehrt wurde. Anderen wurde gesagt, dass Anwält_innen viel Geld kosten würden. Von solchen Lügen sollte mensch sich nicht abschrecken lassen. Es gibt verschiedene Solitöpfe aus den die Rechtshilfearbeit bei solch politische Aktionen getragen werden kann. Anderen wurde gesagt, sie dürften nur Anwält_innen von der Liste der Polizei nehmen, aber nicht die vom Legal Team. Zugleich wurde den RAs gesagt, die Leute wollen keinen Rechtsanwalt_innen. Das führte u.a. dazu, dass Leute ohne RAs zur richterlichen Anhörung mussten. Einige der Richter haben diese Linie weiter verfolgt und ohne Rechtsbeistand verhandelt, andere ließen die Menschen in der Situation nrufen. So kam es, dass RAs des Legal Teams auf dem Flur des Gerichtes Leute gefunden haben, die gerade dem Richter vorgeführt werden sollten. Obwohl die RAs schon vor über einem Jahr Räume für Anwält_innengespräche in der Gesa gefordert haben, standen solche Räume zeitweise nicht zur Verfügung. Die Situation in den Gesas veränderte sich ähnlich wie auf der Straße. Es gab Zeiten, in denen plötzlich ein Raum zur Verfügung stand, dann wurde wieder jede Kooperation aufgekündigt und einigen RAs wurde ein Hausverbot für eine Gesa ausgesprochen oder sie wurden gar nicht rein gelassen.

Staatsterror drinnen

Die Haftbedingungen müssen insgesamt als sehr brutal und menschenunwürdig beschrieben werden: So hatten Leuten in den Gefangenensammelstellen z.T. sehr lange mit Kabelbindern die Hände gefesselt. Bei Einigen wurden diese auch beim Toilettengang bzw. Schlafen nicht abgenommen. Einige Gefangene mussten sich bei der Durchsuchung vollständig ausziehen und wurden in mindestens einem Fall nakkt fotografiert. Den Gefangenen wurden z.T. Brillen und Schuhe in der Gesa abgenommen. Einer Frau, die menstruierte, wurden Tampons verweigert. Anderen Leuten wurden Medikamente verweigert, so wurde z.B. einer Person das Asthma Spray abgenommen. Einer Anderen, deren Hände gefesselt waren und die starken Heuschnupfen hatte, wurde ärztliche Hilfe verweigert. Einer Frau, die bewusstlos wurde, wurde erst nach 3 Stunden der Kontakt zu einem Arzt gewährt.
Die Gefangenen wurden in ca. 5,5 x 5,5 Meter großen Käfigen aus Drahtgitter, die nach allen 4 Seiten offen einsehbar waren, untergebracht. Die Gitter waren nicht entgratet, deshalb gab es Schnittverletzungen an den Händen. Als Decke war ein Netz gespannt. In dem Raum gab es eine Galerie, von der aus in die Käfige gefilmt wurde und die Gefangenen ständig beobachtet wurden. Außerdem war in der Halle ununterbrochen Neonlicht und sehr laute Lüftungspropeller und damit starke Zugluft. Die Gefangenen hatten anfangs keine Dekken und keine Unterlage auf dem Boden. Es gab keine Waschmöglichkeit und die Gefangenen waren bis zu neun Stunden ohne Wasser.

Andere Leute wurden 1,5 Stunden in einem Gefangenenbus in der prallen Sonne ohne Getränke stehen gelassen. Eine Frau vom Roten Kreuz die den Gefangenen Wasser geben wollte, wurde daran von den Cops gehindert.Viele der Festgenommenen durften nicht mal vor einer Haftprüfung RAs anrufen, andere erst sehr verspätet (nach 15 Stunden). Leute wurden bewusst belogen bezüglich der Dauer der Ingewahrsamnahme. So wurde z.B. angedroht, dass sie mehrere Tage bleiben müssten und kamen dann nach wenigen Stunden wieder raus. Die Haftdauer war sehr unterschiedlich. Unserer Einschätzung nach sind verhältnismäßig wenige Menschen für mehrere Tage in Unterbindungsgewahrsam genommen worden. Z.T. wurde es zwar angeordnet, die Leute wurden aber trotzdem früher wieder entlassen oder die Anordnung des Gewahrsams wurde richterlich aufgehoben. Der Großteil wurde zwischen 6 und 15 Stunden festgehalten.In einigen Fällen gab es zwar einen richterlichen Beschluss, dass die Ingewahrsamnahme nicht fortgeführt werden darf, sie wurden trotzdem erst lange (z.B. 7 Stunden) nach dieser Feststellung wieder raus gelassen.



Insgesamt gab es am Dienstag und Mittwoch 8 Schnellverfahren. Die Urteile gingen von 6 Monaten Haft auf Bewährung bis 10 Monate ohne Bewährung. Lest dazu bitte die Berichte die es schon gab.

Statt Dolmetscher_innen in der jeweils gebrauchten Sprache gab es Dolmetscher_innen für Englisch, bei richterlichen Anhörungen gab es z.T. gar keine Übersetzung.
Cops haben z.T. Asservaten nach der Freilassung behalten, z.B. Geld, ein Rollator, Schlüssel Perso und Fahrzeugschein.
Solidarität ist zwar eine Waffe, kostet aber leider auch manchmal Geld! Es gibt jetzt schon einige Verfahren im Zusammenhang mit Heiligendamm und es werden wohl auch noch ein paar dazukommen, deswegen spendet zahlreich auf folgendes Konto:
Schwarz-Rote-Hilfe Münster e.V.

Konto Nr. 282 052 468
BLZ 440 100 46 Postbank Dortmund
Stichwort: Gipfel-EA 2007

G8-EA/Legal Team ist noch erreichbarbis zum 24.06. läuft unter der bekannten Nummer 038204 – 768111 ein Anrufbeantworter, der regelmäßig abgehört wird.

Gedächtnisprotokolle bitte nicht mailen oder faxen, sondern beim EA vor Ort abgeben. Falls das nicht möglich ist, könnt ihr sie an folgende Adresse schicken, müsst aber bedenken, dass die Cops vermutlich mitlesen.
EA Hamburg c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

www.ermittlungsausschuss.eu

Dokumentationen:

MILITÄRMODERNISIERERIN LHT DISQUALIFIZIEREN!!! REPRESSION ZURÜKSCHLAGEN!!! ASEM und G8 ANGREIFEN!!! MILITANTE KAMPAGNE GEGEN DEN G8 FORTSETZEN!!!

Am 09.05.2007 hat unter Führung der Bundesanwaltschaft ein Polizeiliches Massenspektakel stattgefunden. In Bremen, Berlin, Hamburg, Niedersachsen, Brandenburg und Schleswig-Holstein wurden insgesamt 40 Wohnungen und linke Projekte durchsucht. Die seit Sommer 2005 gelaufene militante Kampagne gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm wurde zum Anlass für diesen massiven Einschüchterungsversuch genommen. Umfang und Anzahl der gerazzten Orte machen klar:
Es ging am 09.05. um einen Angriff gegen die gesamte radikale Linke in Norddeutschland.
Die Großrazzia sollte aber auch ein Signal mit Blick auf den näherrückenden Gipfel setzen. Staatliche Repressionsorgane wollen ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen, eine Drohkulisse aufbauen um den Protest und Widerstand in Mecklenburg schon im Vorfeld einzudämmen und nicht zuletzt ihre Pläne für ein umfassendes repressives Vorgehen im Juni vorab legitimieren. Nicht von ungefähr kündigte Schäuble im Anschluss an die Polizeiaktion verschärfte Grenzkontrollen und die Anwendung des polizeilichen Unterbringungsgewahrsams gegen Gipfel-GegnerInnen an.
Aber anders als die Verantwortlichen der martialischen Polizeiaktion es erhofft hatten, ist ihre Taktik der Angstmache und Spaltung nicht aufgegangen. Noch am Tag der Großrazzia kam es in zahlreichen Städten zu starken Demonstrationen, in der Folge wurde mit Aktionen und in Erklärungen die Solidarität mit den Betroffenen ausgedrückt.
Wir werden uns den Protest gegen den G8 nicht verbieten lassen und auch nicht das Recht auf Widerstand gegen die weltweite Ausbeutung und Unterdrückung durch das kapitalistische System, gegen eine rassistische Weltordnung, gegen Militarisierung und imperialistische Kriege.
Mit großer Wut über die Aktion der BAW und Polizei, aber auch mit einer gewissen Schadenfreude, weil das Kalkül der Repression so offensichtlich ins Leere läuft, mit der berechtigten Hoffnung, dass der internationale Widerstand gegen eine menschenverachtende Weltordnung auch in Heiligendamm und darüber hinaus fortgesetzt und immer stärker werden wird, haben wir heute, am 17.5.2007, in Hamburg eine antimilitaristische Aktion gegen August Henningsen, den Vorstandsvorsitzenden von Lufthansa Technik (LHT), durchgeführt. Dabei wurde die Glasfassade seines Wohnzimmers mit Farbflaschen und Steinen zerstört.

Unsere Solidarität gilt den Betroffenen der Razzien vom 09.Mai!

LHT ist ein aus der Aufgliederung der Lufthansa hervorgegangenes Unternehmen, das sich auf die Wartung von Triebwerken und die Ausstattung von VIP- und Regierungsflugzeugen spezialisiert hat. LHT agiert global und baut sein Netz von Wartungsstützpunkten immer weiter aus. Zur Zeit hat der Konzern ein Auge auf Asien geworfen. Da paßt es gut, dass der malayische, der philippinische
und der chinesische Außenminister demnächst in Hamburg sein werden - alles Länder, in denen LHT momentan expandiert.
Aber das nur am Rande, denn LHT ist für unseren Anlass vor allem wegen ihres Engagements im Rüstungsbereich interessant geworden:
In einem 1996 gegründeten Konsortium aus LHT und Airbus haben sich zwei für Harnburg bedeutende Wirtschaftsunternehmen zusammengetan um mit dem A310 MRT bzw. MRTT ein Rüstungsprojekt zu verwirklichen, dass der Modernisierung der Luftwaffen von Nutzen ist. Bis 2001 wurden an die Bundesluftwaffe 4 dieser zum "Multi-Role Transport" ummgebauter A310 ausgeliefert. MRT bedeutet, dass die Flugzeuge wahlweise, je nach aktueller militärischer Anforderung, als Truppentransporter, als Frachtflugzeug oder als beides zugleich verwendet werden können. Auch die "MedEvac" genannte Maschine der Bundeswehr, die in Köln-Wahn stationiert ist und als "fliegendes Krankenhaus" den weltweit mordenden BundeswehrsoldatInnen erstklassige medizinische Versorgung garantieren soll, wurde von LHT auf der Grundlage des MRT entwickelt und ausgestattet.
2004/05 wurden die A310 MRT dann von Airbus und LHT zum MRTT (MRT Tanker) erweitert. Damit standen der deutschen Luftwaffe erstmalig eigene strategische Tankflugzeuge zur Verfügung. Bis dahin war sie für die Luftbetankung ihrer Awacs-Aufklärungsflugzeuge, Tornados und Eurofighter auf Hilfestellung des Nato-Partners USA angewiesen und zahlte dafür 16 Mio. pro Jahr. Zwei weitere A310 MRTT lieferte das Konsortium damals an die Luftwaffe Kanadas.
Der A310 MRTT mit seinen 45t Ladekapazität gilt allerdings nur als Übergangslösung bis mit dem A330 MRTT ein Flugzeug mit noch größerer Kapazität
(III t) fertiggestellt wird. Da sich die europäischen und anderen Nato-Staaten momentan für zukünftige flexible Militärinterventionen weltweit vorbereiten und dementsprechend um- und aufrüsten, besitzt die Luftbetankung von Kampfjets für die einen eine hohe strategische Bedeutung, für die anderen ein großes Gewinnpotential. Airbus hat bereits mit Großbritannien einen Vertrag für die Lieferung von 20 A330-Lufttankern abgeschlossen und im letzten Jahr zusammen mit der US-Firma Northrob-Grumman ein Angebot für einen Großauftrag der US-Airforce gemacht.
übernächste Woche findet in Hamburg das ASEM-Aussenministertreffen statt, einer in einer ganzen Reihe von Akten, mit denen die Bundesregierung ihre EU-Ratspräsidentschaft auf und über die Bühne bringt. Gut eine Woche später öffnet sich dann in Heiligendamm der Vorhang für ein pompöses Spektakel ganz eigener Art, die unter dem Titel G8-Gipfel laufende Selbstdarstellung der RegierungschefInnen von 8 Staaten, die lautstark für sich beanspruchen, weltweit die "Grössten" zu sein.
Aber egal ob bescheidenes Kammerspiel oder große Oper: Was da jedes mal inszeniert wird, ist der aktuelle Stand imperialistischer Interessenpolitik im Zeichen des global agierenden Kapitalismus. Ein Schauerstück, dem wir nur eines sehnlichst wünschen: dass es endlich vom Spielplan abgesetzt und ein für alle Mal von der Welt-

bühne verbannt wird!
Denn die internationale kapitalistische Verwertung ist keine Schmierenkomödie, sondern ein Gewaltverhältnis, das mit permanenter, militärischer Bedrohung und Gewalt am Laufen gehalten wird.
Als Mitglied der G8 und mit seinen Vormachtbestrebungen in der EU ist Deutschland ganz wesentlich an der Aufrechterhaltung dieses Gewaltverhältnisses interessiert und beteiligt. Und deutsche Unternehmen wie LHT profitieren nicht nur von den idealen Verwertungsbedingung globaler Ungleichheit, sondern auch von der militärischen Zwangslogik des Imperialismus.
Wir haben uns LHT für unsere Aktion herausgepickt, weil sie mit
dem A310 MRTT einen wichtiger Beitrag zu einem aktuellen strategischen Projekt der EU-Außen- und Militärpolitik geleistet haben, dem Ausbau der Luftlandekapazitäten der EU-Battler-Groups, wie er im Papier "Headline Goal 2010" beschrieben wird, in dem die Planungsziele der europäischen Rüstungspolitik in diesem Jahrzehnt aufgelistet sind. Konkret geht es dabei um den Militarisierungsschub, der von den EU-Regierungen forciert wird, um die während der letzten deutschen Ratspräsidentenschaft 1999 beschlossene eigenständige europäische "Sicherheits- und Verteidigungspolitik" zu verwirklichen. Seitdem hat der Auf- und Ausbau der EU zur einsatzfähigen Militärmacht neben der Nato höchste Priorität in der europäischen Politik.

Die EU-Militäreinsätze der Gegenwart und Zukunft unterstützen die mit weltweitem Anspruch auftretende europäische Ausbeutungspolitik. Unbeschränkter Zugang zu industriellen Rohstoffen und vor allem zu Brennoffen stehen im Zentrum der strategischen Kriegsziele der EU. Auch günstige, weil menschenverachtende Produktionsbedingungen in nicht-europäischer Staaten werden dabei als verteidigungs- bzw. durchsetzungswürdig erachtet. Nicht umsonst vereinen die ASEM-Treffen die "demokratischen" EU-Regierungen mit ausgemacht, autoritären bis diktatorischen südostasiatischen Regierungen in trauter Eintracht um einen Tisch.
"Demokratisierung", "Humanität" sind als Schlagworte internationaler Politik zu Ladenhütern geworden, die nur noch ab und an hervorgezaubert werden, um der Etablierung Europas als imperialistischem Akteur von Format moralisch Deckung zu geben. Aber die Ausbeutungsbestrebungen werden immer unbemäntelter auch genau so benannt, wie sie schon immer gemeint waren. Von "liberalem Imperialismus" spricht beispielsweise Robert Cooper, Büroleiter Javier Solanas, und meint damit: "Die Herausforderung der postmodernen Welt ist es, mit der Idee doppelter Standards klarzukommen. Unter uns gehen wir auf der Basis von Gesetzen ... vor. Aber wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Europas geht, müssen wir auf die raueren Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen - Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung, was auch immer nötig ist, um mit denen klarzukommen, die immer noch im 19. Jhd. leben... Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden."

Der Bösartigkeit der Rhetorik sind augenscheinlich ebenso wenig Grenzen gesetzt wie der grausamen Praxis, die hier ganz selbstverständlich beim Namen genannt wird. In der globalen Ökonomie regiert das "Gesetz des Dschungels", das Fressen oder Gefressenwerden. Wir sagen: Dieses Gesetz muss endlich abgeschafft werden. Zum "postmodernen Europa" gibt es nur eine Alternative, eine postkapitalistische Welt, in der Befreiung zur Wirklichkeit werden kann!

Für eine große und kämpferische Demonstration am 28.5. in HH!!
Für einen erfolgreichen antimilitaristischen Aktionstag in Rostock-Laage am 6.6.!!

Anschlag auf Bild-Chefredakteur Diekmann



Es geht nicht darum, ob es eine Mutige gibt, um eine Wahrheit auszusprechen, sondern darum, zu zeigen, wer die Macht hat, seine Lüge als Wahrheit zu verkaufen.

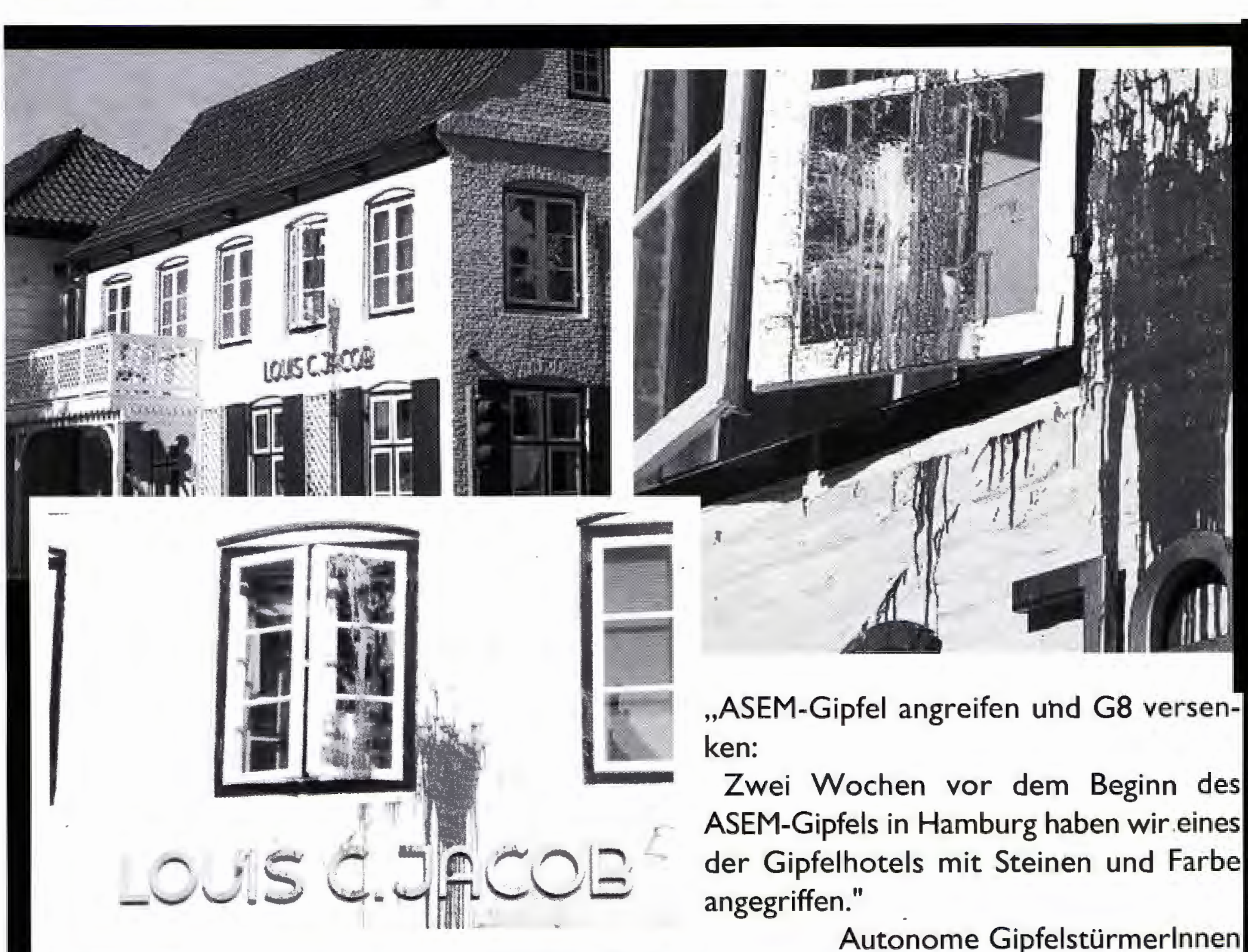
Als Antwort auf die G8-Razzia der Bundesanwaltschaft vom 9.5.07 haben wir heute den Mercedes von BILD-Chefredakteur und Herausgeber Diekmann, HH-XY 1191, vor seinem Haus in der hamburger Brahmsallee 89 angezündet.

Unsere Wahrheit ist:
Bild lügt, hetzt, erniedrigt, mordet, vergewaltigt jeden Tag neu mit 3,5 Millionen verkauften Exemplaren.
Mit ihrer gigantischen Meinungsmacht, die bis zu 12 Millionen LeserInnen erreicht, stellt die Bild-Zeitung eine bedeutende Säule für den Erhalt des kapitalistischen Systems in der BRD dar. Sie ist mitverantwortlich für die permanente Zurichtung und Normierung der Bevölkerung in der BRD unter die Paradigmen des Systems und das Bittere daran ist, dass nach 4 Jahrzehnten Aufklärung und Kampagnen gegen dieses Gehirnwäschemedium davon auszugehen ist, dass die LeserInnen diesen Dreck für die Bestätigung ihrer Ressentiments auch bekommen wollen.
Diekmann selbst hat das mal so formuliert, dass er sein Blatt als „zornige Zeitung mit zornigen Schlagzeilen" begreift. Zornige Schlagzeilen wie: „Durchgreifen bei der Asylabzocke!", „Erwischt: die frechste Sozialabzockerin", „Richtige Strafe für Faule".
Egal ob es um Flüchtlinge, Hartz 4-EmpfängerInnen oder sogenannte BettlerInnen geht, Bild mobilisiert, formuliert und legitimiert den xenophoben, sexistischen sozialdarwinistischen Hass und die Verachtung unter den Ausgebeuteten und Unterdrükkten, mit Schlagzeilen, mit Bildern, mit Lügen und mit der Macht eines riesigen

Medienkonzerns.
Diekmann ist seit 2001 Chefredakteur der Bild-Zeitung. Er fungiert als Herausgeber von Bild und Bild am Sonntag. Er verfügt über glänzende Kontakte in die Politik, bei der auch mal ein Exklusivinterview mit Staatsterrorist G.W. Bush herausspringt.
Für das politische Establishment der BRD führt kein Weg an Bild und BamS vorbei. Egal ob Lafontaine, Roth, Müntefering, Merkel oder Stoiber dieses Land regieren will, kann das nicht gegen die publizistisch mächtige Bild-Gruppe, die wichtigste Ertragssäule des Springerkonzerns. In diesem Haus gilt Diekmann als zweiter mächtiger Mann neben Vorstandschef Döpfner.
Anfang Juni findet in Heiligendamm der G8-Gipfel statt. Bild und Springer werden ihren Teil dazu beitragen, den emanzipatorischen Widerstand dagegen durch den Dreck zu ziehen, wie sie es auch schon die ganze Zeit tun. Als speziellen Beitrag zum Gipfel wird Diekmann Ende Mai für einen Tag seinen Chefsessel für Bob Geldof räumen. Geldof wird eine Ausgabe der Bild zum G8 Gipfel erstellen. Millionen Bild-LeserInnen sollen auf die „Probleme" der „3. Welt" und vor allem Afrikas aufmerksam gemacht werden.
Wir sind gespannt, wie die Troika Geldof-Bild-Diekmann funktionieren wird. Wir vertrauen aber darauf, dass jemand wie Geldof, der Tony Blair bei der Inszenierung der Propagandashow vom sogenannten „historischen Entschuldungsgipfel" in Gleneagles geholfen hat, sehr gut mit der Redaktion der LügnerInnen und HetzerInnen zurechtkommen wird.

Wir grüßen mit unserer Aktion den unversöhnlichen Teil des Widerstands gegen das G8-Treffen in Heiligendamm, im Besonderen die Beteiligten an der militanten Kampagne, die seit zwei Jahren erfolgreich die Mobilisierungen unterstützt. Wir grüßen alle, die in diesen zwei Jahren viel Kraft und Phantasie in den Widerstand gegen das Weltwirtschaftstreffen gesteckt haben und ihren Beitrag dafür leisten, dass die Wahrheit von der Notwendigkeit einer Revolution hier und jetzt laut und unüberhörbar formuliert wird.
Wir grüßen die Betroffenen der G8-Razzien des 129a-Verfahrens gegen die militante Kampagne und die militante Gruppe und hoffen, dass unsere Aktion ihnen Kraft gibte nächsten Wochen und Monate.
Herrn Diekmann selbst schicken wir keine Grüße sondern genau die Schlagzeile, mit der seine Zeitung die Gerichtsentscheidung für die Hafterleichterungen für Christian Klar kommentierte: „Warum darf so einer frei rumspazieren?"
Zum Schluss ein Zitat von einem Genossen, der für die Weltrevolution gekämpft hat und den Bild und Springer auf dem Gewissen haben:
„Jede radikale Opposition gegen das bestehende System, das uns mit allen Mitteln daran hindern will, Verhältnisse einzuführen, unter denen die Menschen ein schöpferisches Leben ohne Krieg, Hunger und repressive Arbeit führen können, muss heute notwendigerweise global sein. Die Globalisierung der revolutionären Kräfte ist die wichtigste Aufgabe der ganzen historischen Periode, in der wir heute leben und in der wir an der menschlichen Emanzipation arbeiten".
Rudi Dutschke, Vietnamkongress Berlin, Februar 1968

Militante Kampagne kämpft für Sie



„ASEM-Gipfel angreifen und G8 versenken:
Zwei Wochen vor dem Beginn des ASEM-Gipfels in Hamburg haben wir eines der Gipfelhotels mit Steinen und Farbe angegriffen."
Autonome GipfelstürmerInnen

Rechtspopulistische Veranstaltung mit Roger Kusch gestört



Am 14.6.07 wollte Roger Kusch, seines Zeichens Gründer und Vorsitzender der rechtspopulistischen Hamburger Partei „Heimat Hamburg" (HH), sowie Ex-Justizsenator, eine Diskussions-Veranstaltung mit dem Thema „Linke Gewalt" in Hamburg-Bahrenfeld abhalten.
Geladen wurde ins „Königliche Proviantamt", ein Restaurant in der Bahrenfelder Chaussee 49. Mittels Internet und Plakaten, die 1,2 Wochen vorher das Straßenbild in der Bahrenfelder Chaussee verschandelten, wurde die Veranstaltung beworben.
Neben ca. 20 AnhängerInnen, deren Durchschnittsalter nicht unter 50 gelegen haben dürfte, nahmen an der Veranstaltung auch ca. 50 interessierte „Gäste" begeistert teil.
Bereits die Information, dass Roger Kusch (RK) Verspätung hätte, wurde mit frenetischem Applaus bedacht. Als Roger Kusch dann nach einer viertel Stunde das Podium betrat, wurde er äußerst begeistert „begrüßt".

Von soviel Zustimmung ganz überwältigt, wollte RK dann mit seinem Vortrag über „Linke Gewalttäter" und wie diesen mit welchen Mitteln zu begegnen sei, anfangen. Doch der nicht enden wollende Applaus der Gäste wollte nicht abflauen.
RK, auch bekannt als die lächelnde Guillotine, der mit soviel Zustimmung seitens der Gäste wohl nicht gerechnet hatte, rang etwas mit der Fassung, schaffte es aber dann, seine Sichtweise der Dinge kundzutun.
Ob ihn dabei jemand verstanden haben dürfte, bleibt äußerst fraglich, denn die Begeisterungsrufe a la „Roger, Roger,..." und „Zugabe, Zugabe, ..." hallten weiter durch den Raum.
Zwischendurch bemühten sich mindestens zwei HH-Anhänger, die euphorischen Massen zu bremsen, jedoch mit wenig Erfolg. RK wurde nicht nur mit begeistertem Applaus gefeiert, sondern nun machten sogar selbst gebasteltes Konfetti und Luftschlangen die Stimmung perfekt und den Luftraum über RK und seinen AnhängerInnen unsicher.
Einer der Kellner drohte unverständlicher Weise mit der Polizei, die draußen vor dem Restaurant mit ca. 30 BeamtInnen in Uniform und Zivil Präsent war, was der guten Stimmung aber keinen Abbruch tat.
RK kam im Rahmen seines Vortrages natürlich auch auf die mit dem G 8 Gipfel in Heiligendamm in Zusammenhang stehenden Anschläge zu sprechen, in dem er einige Aufzählte. Natürlich durfte auch hier nicht der obligatorische Dauer-Applaus nach jedem aufgezählten Anschlag fehlen.
Den HH-AnhängerInnen war unverständlicher Weise die Lust an der Veranstaltung vergangen, jedenfalls sprachen ihre Gesichter Bände.

Nach etwa einer halben Stunde war der Vortrag, von dem außer RK selbst niemand etwas mitbekommen haben dürfte, beendet.
Nun wurde, zur großen Freude der Gäste, ein Mikrofon für kritische Fragen bereitgestellt. Auf die Frage, wo es denn in Hamburg die beste und billigste vegetarische Pizza gibt, konnte RK nur erwidern, dass er kein Vegetarier ist.
Danach wurde die Veranstaltung bald beendet, RK verschwand ziemlich schnell und ließ seine enttäuschten Anhängerinnen zurück.
Fazit:
Die Veranstaltung fiel wegen der guten Stimmung und der für „Linke GewalttäterInnen" völlig untypischen Mittel ins Wasser.
Wir warten gespannt auf die nächsten Veranstaltungen von Heimat Hamburg ...

AG Jubel, Trubel, Heiterkeit

antifa

Stickeralbum:
Torben Klebe

Aus gegebenen Anlass stellen wir euch diesmal Torben Klebe vor. Der 29 jährige arbeitete für die Haustechnikfirma „K&J Haustechnik". Bis vor Kurzem war er Vorarbeiter auf der Baustelle eines alternativen Wohnprojektes. Nachdem ihn zukünftige Bewohner_innen - mehr durch einen Artikel in der MoPo als durch eine Veröffentlichung der Antifa - erkannten, wurde der Nazikader sofort von der Baustelle geschmissen. Immerhin ein kleiner Erfolg: Mittlerweile hat die Firma eine fristgerechte Kündigung ausgegeben.
Torben Klebe ist seit seinem 14. Lebensjahr in der Hamburger Neonazi-Szene aktiv. Er galt als eine der Führungspersonen in der im August 2000 verbotenen Kameradschaft Hamburger Sturm und zählte auch zur „Ordnertruppe" um Thomas Wulff. Seit Mitte der neunziger Jahre war er bei dem Rechtsrock-Netzwerk Blood&Honour und zählte bis zum Verbot des europaweit agierenden Netzwerkes im Jahr 2000 zu den führenden Funktionären darin. Auch nach dem Verbot organisierte er weiterhin Nazi-Konzerte in Hamburg und Umgebung.
Am 20. Juni eröffnete Klebe mit Thorsten de Vries (siehe Steckbrief in der Zeck 133) den Naziladen „East Coast Corner" in Rostock. Mit dem Motto „Aus der Arschbacke für die Arschbacke" oder so ähnlich. („Von der Bewegung - für die Bewegung" heißt es auf der Internetseite des Ladens.) Der Nazi-Laden befindet sich im zentral gelegenen Rostocker Stadtteil Kröpeliner-Tor-Vorstadt, in der Doberaner Straße 48.



Westküsten Ecke in Stücke schlagen

Viel Spaß werden Klebe und de Vries mit ihrem Laden noch nicht gehabt haben. Seit der Eröffnung gibt es massenhaft Proteste. Am 15.06. fand eine Spontandemo mit circa 60 Antifaschist_innen statt. Sie verteilten Flugblätter um Anwohner_innen auf die menschenverachtende Ideologie der Neonazis aufmerksam zu machen und vor deren Ausbreitung zu warnen. Als der Demozug am Nazi-Laden vorbei kam, bewaffneten sich die Neonazis mit Knüppeln. Doch dieses Mal war die Antifa deeskalierend.
Es folgten mehrfache Angriffe auf den Laden. So bewarfen in der Nacht auf den 22.6. ungefähr 50 Leute die Fassade mit Steine und Flaschen. Mehrere Scheiben gingen zu Bruch, die Eingangstür wurde beschädigt. Zugleich setzten sich die Angreifenden erfolgreich gegen die Cops zu Wehr.

In der Nacht vom 23. auf den 24. statteten dann schon 150 Leute dem Naziladen einen entschlossenen Besuch ab und bedachten etwa 20 davor mahnwachende Neonazis mit Steinen, Flaschen und Böllern, wovon auch die fascho-schützenden Cops etwas abbekamen. Leider gab es anschließend 40 willkürliche Festnahmen.

Gegen die Ortsbegehung der NPD, die mit Ladenbesitzern und Nachbarschaft ins Gespräch kommen wollte, protestierten am drauffolgenden Sonntag abermals an die 100 Anwohner_innen.

Nächste Etappe wird der Protest gegen die von der NPD für Samstag, den 30.06. angekündigte Demonstration durch das Rostokker alternative Stadtviertel KTV sein, zu der auch die „Freien Kameradschaften" erwartet werden. Wir rufen bundesweit dazu auf, sich diesem faschistischen Aufmarsch entgegenzustellen!
Besser Leben ohne Naziläden!



Anti-G8-Protest: Nazis setzten auf dezentrale Aktionen

Quelle: Indymedia 05/06/07

Während am vergangenen Samstag zehntausende linke Demonstranten durch Rostock zogen, versuchten „Freie Nationalisten" und NPD-Anhänger für Aufmerksamkeit zu sorgen. Ursprünglich war ein rechter Aufmarsch in Schwerin geplant, der jedoch an gerichtlichen Verboten scheiterte. Ein letzter Versuch, vor dem Bundesverfassungsgericht doch noch in einem Eilverfahren das Demoverbot zu kippen, missglückte. Vormittags gegen 10 Uhr verkündeten die Richter, in der kurzen Zeit keine Entscheidung fällen zu können. Daher blieb es vorerst beim Verbot.
Unmittelbar nach Bekanntgabe dieser Entscheidung gab die NPD-Bundesführung den Startschuss für zahlreiche dezentrale Aktionen. Neonazis führten daraufhin in diversen Städten spontane Aufmärsche und Kundgebungen durch. Sie zogen unter anderem durch Lüneburg in Niedersachsen, Boizenburg in Mecklenburg-Vorpommern, Lauenburg in Schleswig-Holstein und in Berlin durchs Brandenburger Tor.
Obwohl mit einem solchen Verhalten der rechten Aktivisten mindestens seit den frühen Morgenstunden gerecht werden musste, war die Polizei völlig überfordert. In Boizenburg waren rund 150 Neonazis aktiv, die von gerade einmal 2 Streifenwagen-Besatzungen begleitet wurden. Entsprechend einschüchternd und bedrohlich war die Situation für die Anwohner und Bürger der Kleinstadt.
Aus Lüneburg meldeten Augenzeugen sogar „Juden Raus!"-Rufe der marschierenden Nazis, zudem seien Passanten verprügelt worden. Erst nach längerer Zeit hatte die Polizei genügend Beamte vor Ort, so dass es später zu Festnahmen kommen konnte.

Die Taktik der dezentralen Aktion ging zumindest einige Stunden auf, da die meisten Einsatzhundertschaften der Polizei in Mecklenburg-Vorpommern stationiert waren, insbesondere in Schwerin, Rostock und Heiligendamm. So wurden diverse Städte von bis zu 300 Neonazis heimgesucht, die eine Kundgebung durchführten und dann wieder in ihre Reisebusse sprangen und vor Eintreffen der Polizei in den nächsten Ort verschwanden. Zurück blieben verschreckte Anwohner und hässliche Nazi-Aufkleber.
Da viele Antifaschisten in Rostock auf der Auftakt-Demo gegen den G8-Gipfel waren, gab es für die Nazis kaum Gegenwehr oder spürbaren Protest. Zahlreiche Antifas, die nach Schwerin gereist waren um den Nazis dort die Suppe zu versalzen, fuhren nach dem endgültigen Nazidemoverbot nach Rostock weiter und konnten daher die verstreuten Naziaktionen nicht erreichen. Gewohnt großmäulig verkündete später die NPD, der 02.Juni sei "ein guter Tag für den nationalen Widerstand" gewesen.

Pastörs zum Teufel jagen

Nach der braunen Hetzrede des NPD-Fraktionschef Udo Pastörs bei einem NPD-Aufmarsch in Rathenow am 16, Juni, hat die Potsdamer Staatsanwaltschaft einen Überprüfungsvorgang eingeleitet.
Das Nordmagazin hatte einen Mitschnitt der Pastörs-Rede ausgestrahlt:
http://www3.ndr.de/ndrtv_pages_video/0,, SPM14438_VID4071972,00.html
in der dieser sagte, dass wenn man an die Macht gelänge, jene einer gerechten Strafe zuzuführen, die Verantwortung für die Politik tragen. Die herrschende Klasse würde Wind sähen und Sturm ernten, so Pastörs. Nur wer kämpfe, habe die Chance auf Sieg. Die Armee soll nach Pastörs Worten wieder Wehrmacht, nicht mehr Bundeswehr heißen und er sprach von "krankhaften Keimen in unserem Staatswesen", von "Viren", die man mit der Axt heraussezieren müsse.
Es ist bei weitem nicht das erste Mal, dass Pastörs sich mit solchen faschistischen Äußerungen zu Wort meldet und damit eindeutig auf das Vokabular der Nationalsozialisten zurückgreift. Wenn in der Parteienlandschaft und beim Verfassungsschutz davon geredet wird, Pastörs habe seine Maske nun fallen lassen, dann haben sie selbst ihre Brillen noch nicht auf. Es ist auch



nicht nur Pastörs, nicht nur die NPD, sondern ein breiter brauner Mob, der derart faschistische Bestrebungen von sich gibt.

Weiter faselte Pastörs in der besagten Rede: "Wenn wir weiterleben wollen als Volk mit deutschem Antlitz", sei Radikalität ein Muss. "Sonst wird es in 50 Jahren hier auf diesem Platz vielleicht Hottentotten-Tänze geben, aber keine deutschen Frauen und Männer mehr."

Das wär doch was: Nie wieder Deutschland!

Termine:

7. Juli 07 - Gemeinsam die Nazi-Demo in Frankfurt (Main) verhindern

Am 7. Juli wollen Nationalsozialisten aus NPD und "Freien Kameradschaften" in Frankfurt unter dem Motto "Arbeit statt Dividende - Volkgemeinschaft statt Globalisierung" eine erneuten Demonstrationsversuch unternehmen. Anmelder ist der NPD-Vorsitzende Marcel Wöll aus Butzbach. Die Anti-Nazi-Koordination hat deshalb einen Aufruf veröffentlicht, Frankfurt in
eine "no go area" für Nazis zu verwandeln.

http://www.antifa.frankfurt.org

18. August 07 Antifaschistischer Aktionstag

Seit dem Selbstmord des Hitlerstellvertreters Rudolf Hess im Militärgefängnis Berlin-Spandau, vor 20 Jahren nutzen Nazis den Tag als Gedenktag um ihr revisionistisches Geschichtsbild zu etablieren. Zu lange galt der Ort Wunsiedel, an dem Hess begraben wurde, als europaweiter Aufmarsch-Ort. Nach antifaschistischen Protesten wurden die Nazi-Aufmärsche ab 2005 verboten. Zugleich hatte sich ein moralischer Buntstatt-Braun-Bürgermop gebildet, der sich von den Antifaschist_innen distanzierte und mit seiner platten Kritik und sonstigen Ignoranz gegenüber dem staatlichen faschistischen Strukturen unerträglich wurde.
Wir rufen auch in diesem Jahr dazu auf, dem neonazistischen Gedenken entgegen zutreten. Sollte der Hessmarsch in diesem Jahr in Wunsiedel erlaubt werden, werden wir da sein. Sollte er nicht in Wunsiedel stattfinden, rufen wir zu einem antifaschistischen Aktionstag an einem anderen Ort auf. Achtet auf Ankündigungen!

http://www.ns-verherrlichung-stoppen.tk

16. September 07 Ulrichsbert-Treffen

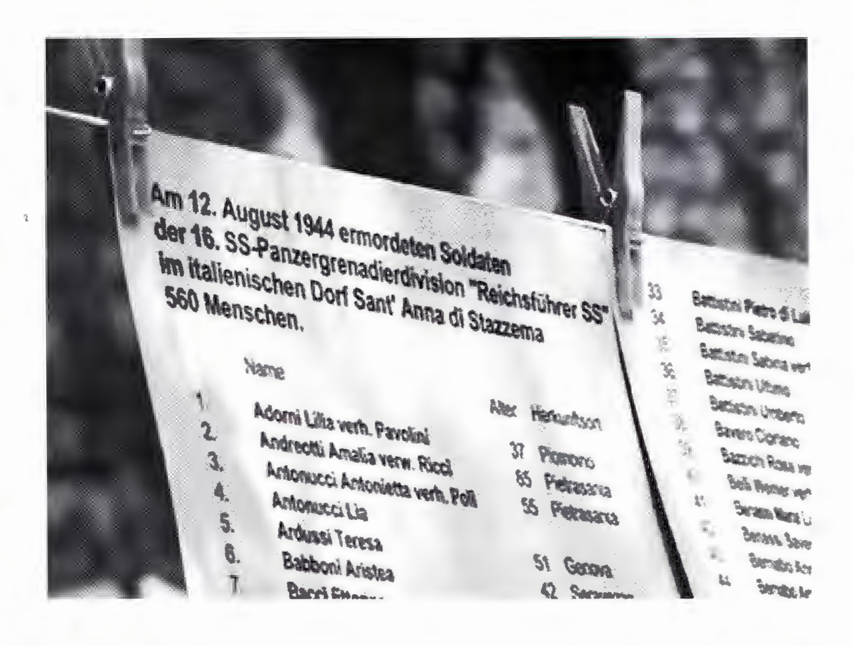
Seit 1958 treffen sich alljährlich im Herbst Veteranen der Wehrmacht und (Waffen-)SS, sowie deren Angehörige und ideologische "Nachfahren" bei der "Europa-Heimkehrergedenkstätte" am Ulrichsberg in Kärnten/Koroπka. Unterstützt vom österreichischen Bundesheer, gehuldigt durch (fast) alle politischen Parteien, reisen zu den Feierlichkeiten Delegationen und Kameradschaften aus Deutschland, Norwegen, Belgien, Finnland, Frankreich, Schweden, Dänemark, Italien und den Niederlanden an. Gegen dieses Treffen organisiert der „Der AK gegen den Kärntner Konsens" seit 2005 antifaschistische Proteste statt, so auch in diesem Jahr.

http://www.u-berg.at

café flop (Bergedorf) Antifa-Café mit Infoveranstaltung

Antifa-Café jeden 3. Freitag im Monat.
Einlass: 19.00 Uhr

Haftbefehl für einen Reuigen



Werner B. war beim SS-Massaker im Bergdorf St' Anna dabei. Nun fordert die italienische Justiz die Auslieferung

Der europäische Haftbefehl gegen Werner B. ist den deutschen Behörden zugestellt. Der ehemalige SS-Unteroffizier lebt in Reinbek bei Hamburg. Der Militärstaatsanwalt von La Spezia, Marco De Paolis, hat die Auslieferung beantragt. Bereits seit November 2006 sind die Haftstrafen in Italien gegen Werner B. und zwei weitere frühere SS-Angehörige wegen dem Massaker in St' Anna di Stazzema rechtskräftig.

Am Telefon hatte Werner B. 2005 von der Verurteilung erfahren. Am 22. Juni des Jahres hatte das Militärtribunal La Spezte zehn Angehörige der 16. Panzergrenadier-Division „Reichsführer SS" für schuldig an der Ermordung von 560 alten Männern, Frauen und Kindern erklärt. In Abwesenheit der Angeklagten verhängte das Tribunal für alle eine lebenslange Haft. Einige der hochbetagten Männer, wie Gerhard Sommer aus Hamburg-Volksdorf, riefen das italienische Kassationsgericht an. Denn Sommer hat ein „absolut reines Gewissen". Werner B. nicht. Der frühere Lehrer sagte schriftlich beim Verfahren aus und legte keine Rechtsmittel ein. Mit seiner Einheit stellte er am 12. August 1944 die Nachhut nahe dem kleinen Bergdorf. Binnen vier Stunden tötete die SS alleine 116 Kinder, das jüngste 20 Tage alt. „Es war schlimm': sagt Werner B. Der beantragte Haftbefehl könnte allerdings folgenlos bleiben – Deutschland liefert keinen Staatsbürger aus, es sei denn, die Betroffenen stimmen zu. Auf Antrag der italienischen Behörden sei eine Vollstreckung der Strafe aber auch in Deutschland möglich, sagt Lars Reissman vom Arbeitskreis Sant' Anna aus Hamburg.

taz, 29.06.07

In La Spezia wurden 2006 wegen des Massakers in St. Anna di Stazzema zu lebenslanger Haft verurteilt:

* Werner Bruss, Unteroffizier, Jg. 1920, (Hamburg-Reinbek)

* Alfred Mathias Concina, (meist ohne ‚Mathias'), Unterscharführer, Jg. 1919, (wohnt laut ital. Presse in Rechenberg-Bienenmühle oder Freiberg in Sachsen)

*Ludwig Göring, (teilweise als ‚Goring' benannt), SS-Rottenführer, Jg. 1923, wohnt in Karlsbad, Baden-Württemberg

* Karl Gropler, SS-Unterscharführer, Jg. 1923, (Wollin/Brandenburg)

* Georg Rauch, Unterleutnant, Jg. 1921 (Rümmingen, Baden-Württemberg)

* Horst Richter, Unterscharführer, Jg. 1921 (Krefeld)

* Heinrich Schendel, Unteroffizier, Jg. 1922 (Lißberg/Ortenberg, Hessen)

* Gerhard Sommer, (teilweise auch als ‚Gerard' benannt), SS-Untersturmführer, J geb. 1921, wohnt in Hamburg-Volksdorf, Seniorenwohnheim der Cura AG

* Alfred Schöneberg, (teilweise auch als ‚Schoneberg' bzw. ‚Schönenberg' benannt), SS-Unterscharführer, Jg. 1921, wohnte in Düsseldorf, inzwischen verstorben

* Ludwig Heinrich Sonntag, (auch als ‚Heinz Ludwig Sonntag' benannt, oder ohne ‚Heinrich'), SS-Unterscharführer, Jg.



Über den Umgang der Antifa mit deutscher Gedenkpolitik

Am Samstag den 19. Mai fand in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme die offizielle Gedenkveranstaltung für die Opfer des Konzentrationslagers statt.
Anwesend waren, neben Vertreter_Innen der Stadt und des Bundeskanzleramtes, Vertreter_Innen der Überlebenden-Verbände sowie mehr als hundert aus ganz Europa und der Ex-Sowjetunion angereiste KZ-Überlebende. Außer diesen hatten noch einige wenige politische Initiativen und Gruppen, sowie verschiedene andere Einzelpersonen den Weg in die KZ-Gedenkstätte Neuengamme gefunden. Waren in Bergedorf beim letzten kleinen Aufmarsch der Neonazis noch mehrere hundert Antifas aus Hamburg angereist, bemühten sich am 19.mai nur eine Hand voll Antifas in die Gedenkstätte.
Es war eine ganz besondere Gedenkveranstaltung, denn 62 Jahre nach Kriegsende und "Räumung" des Konzentrationslagers war zum ersten Mal das gesamte ehemalige KZ-Gelände frei zugänglich bzw. konnte in den Monaten davor zu einem neuen Teil der Gedenkstätte erweitert und umgestaltet werden.

62 Jahre danach sind 62 Jahre zu spät



All die Jahre zuvor, von der Übergabe des ehemaligen "Lagebereichs" durch die Alliierten Streitkräfte an die Stadt Hamburg 1948, bis 2005 bzw. 2007 wurde das Gelände des ehemaligen KZ von der Stadt Hamburg als Standort zweier Justizvollzugsanstalten genutzt. Nicht nur, dass die Stadt Hamburg dadurch knapp 60 weitere Jahre Profit aus diesem Gelände geschlagen hat, viel mehr noch hat sie damit sechs Jahrzehnte lang das größte je begangene "Verbrechen gegen die Menschheit" (H. Arendt), in Norddeutschland bzw. Hamburg, sprichwörtlich überdeckt.
Erst nach mehr als sechs Jahrzehnten und einem langen beschwerlichen Kampf gegen das Vergessen, konnte der Ort des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme zur Gänze Gedenkstätte werden.
Ein Kampf, den zum allergrößten Teil KZ-Überlebende, allen voran die Amicale International KZ-Neuengamme, Angehörige, Genoss_Innen und andere politische Initiativen und engagierte Einzelpersonen, geführt haben.
Ohne diesen ständige Kampf gegen die leere Floskel des deutschen Gedenkens, wäre es nie zu dieser "würdevollen KZ-Gedenkstätte" (Arbeitsgemeinschaft Neuengamme), wie sie es nun hoffentlich sein kann, gekommen.

Auch wenn dieser bitter erkämpfte Erfolg um würdiges Gedenken und Erinnern nun vorerst erzielt scheint, kommt er doch viel zu spät. Viele der ehemals Deportierten welche die deutschen Massenvernichtung überlebten, sind in den letzten 62 Jahren leider verstorben.
Mit ihnen ist bereits, ein großer Teil der Erinnerung an all die erlittenen und von Deutschen begangenen Verbrechen während des Nationalsozialismus gestorben und droht weiter zu verschwinden.
Es ist müßig in Anbetracht dieser Tatsachen, darüber zu diskutieren ob hier von einem "Erfolg" gesprochen werden kann. Natürlich ist es ein Erfolg für all die Überlebenden und Angehörigen, wenn ihr ständiges Dagegenhalten gegen das Vergessen im bundesdeutschen Geschichtsumgang der Nachkriegszeit, sich zumindest an manchen Orten bezahlt macht. Dass diese Gedenkstätte, in einer Form wie sie es von nun an sein kann, schon viel früher hätte entstehen sollen, ist klar. Doch genau weil die Stadt Hamburg sich so lange versperrte und im Gegenzug noch mehr Profit aus diesem Ort schlug, ist dieser Erfolg ein besonders wichtiger. Durch die Anerkennung dieses Erfolgs, sollen Einsatz und Wille der Überlebenden und Angehörigen gewürdigt werden.

Doch anstatt zu sehen, dass die vollständige Einweihung der Gedenkstätte nach mehr als 60 Jahren, in Gedenken an all jene für die dieser Moment zu spät kommt, in ihrer eigentlichen Selbstverständlichkeit blanker Hohn ist, wird aus dieser eine Feierlichkeit gemacht.
Es besteht keinerlei Einsicht darin, dass dieser Umgang mit dem ehemaligen KZ-Gelände nichts Gutes über die deutsche Gedenkpolitik sagen lässt. Viel mehr setzen sich nun amtierende deutsche PolitikerInnen an die Spitze der Gedenkpolitik, um diesen nicht auf ihren Willen hin durchgesetzten Erfolg, als den ihren darzustellen. Der zum Glück erfolgreiche Druck gegen deutsche Gedenkpolitik, wird somit in eine Lobrede auf den eigenen ach so verantwortungsbewussten Umgang mit der Vergangenheit umgedeutet.

Jedoch sind Gedenkstätten, so sehr sie ein Abschließen mit der eigenen (deutschen) Geschichte verunmöglichen, zu zentralen Orten typisch deutscher Geschichtspolitik geworden. Größtes Anliegen ist es offenbar, Deutschland nach innen und außen als die ´andere´ doch so geläuterte Nation zu inszenieren. Diese, dem Tenor der deutschen Geschichtspolitik folgende, Inszenierung versucht allerdings aus Gedenkstätte entpolitisierte Museen zu machen. Museen die zwar Auseinandersetzung mit NS-Verbrechen suggerieren sollen, vielmehr jedoch losgelöst von jeder Verantwortung aus der eigenen Geschichte existieren. Dass diese Verpflichtung so nicht übernommen wird, zeigt sich nicht nur im Runterhandeln und Unterlassen von Entschädigungszahlungen, sondern beispielsweise auch im Anpreisen von doch so wunderbar hohen Besucher_Innenzahlen (wohlgemerkt zum Großteil Schulklassen die unter [Schul]`Zwang´ in Gedenkstätten gekarrt werden) gegenüber internationalen PolitikerInnen, wie eben auch staatlichen Vertreter_Innen Israels.
Gedenken ohne Verantwortung zu übernehmen und politische Konsequenzen zu ziehen, kann maximal deutsches Gewissen hin zu einem neuem positiven Nationalgefühl führen.

Dass viele Gedenkstätten im Moment noch nicht zu jenen farcenhaften Museen verkommen, ist nicht zuletzt auch einer immer wieder von Überlebenden(-verbänden) und Gedenkstätten-Pädagog_Innen, erkämpften Autonomie im Umgang mit der Vermittelung von NS-Geschichte zu verdanken.

Kampf dem Vergessen, heißt Deutschland bekämpfen

Klar ist, dass eine Politisierung und eine

Intervention in die revisionistische Gedenkpolitik, wie sie von deutschen PolitikerInnen vollzogen wird, nur von Überlebenden und einer antifaschistischen Linken vorangetrieben werden kann. Erstere waren bisher die treibende Kraft im Kampf gegen das Vergessen, können diesen aber in Anbetracht ihres Alters nicht mehr ewig führen. Ihr Erbe, ihre Vorstellungen von Gedenken und die Verantwortung für das Erinnern weiterzutragen, muss Aufgabe einer sich als antifaschistisch verstehenden Linken sein. Die fehlende Präsenz großer Teile der Hamburger antifaschistischen Linken am 19. Mai zeigten jedoch kein gelebtes Bewusstsein hierfür. Einhergehend mit der fehlenden Würdigung der Überlebenden und ihrer letztendlich erfolgreichen politischen Forderungen zeigt diese Ignoranz eine Ablehnung dieser Verantwortung. Bei dieser auch international beachteten Gedenkveranstaltung wurde eine Chance verpasst, die Farce deutschen Geschichtsbewusstseins als solche offenzulegen und anzugreifen. Jeder noch so kleine Naziaufmarsch bekommt mehr Aufmerksamkeit von der radikalen Linken zugesprochen, als dieses internationale und medial viel beachtete Kristallisationsmoment deutschen Umgangs mit seiner NS-Vergangenheit. Als Antifaschist_In Verantwortung zu übernehmen, heisst nicht, jedem kleinen Dorfnazi hinterher zu jagen, sondern zum Beispiel auch, Solidarität mit den Überlebenden zu zeigen, ihr politisches Erbe zu übernehmen und dort zu intervenieren, wo hochoffiziell "Geschichte gemacht" wird.

against! Gruppe gegen Deutschland



Was geht ab in Kopenhagen?

Der Kampf für ein neues Ungdomshuset ist noch lange nicht vorbei. In den letzten Monaten gingen die Aktionen und Demos weiter. Sommerzeit heißt Spaßzeit in Kopenhagen. Hier ist eine kleine Auflistung einiger Sachen, die passieren:
Verschiedene Häuser wurden im Laufe des Junis besetzt und AktivistInnen haben verschiedene Aktionen unter dem Motto "Summer of 69" fortgeführt. So wurden während der Kampagne z.B. Kreuzfahrt-TouristInnen bei ihrer Ankunft über das wahre Kopenhagen informiert und so das schöne Bild vom offiziellen "wundervolle Kopenhagen" demontiert.
Die Räumung war ein harter Schlag für die Punk-Szene, aber mitlerweile ist es möglich geworden, an verschiedenen Orten in der ganzen Stadt Konzerte aufzuziehen.
Sie werden uns nicht kleinkriegen.

Roskilde-Festival :

Für alle, die dieses Jahr zum Roskilde-Festival gehen, mag es spannend sein, dass es dort ein temporäres Ungdomshuset auf dem Festival geben wird.
Das Roskilde-Festival baut ein Haus, um dort all die verschiedenen Aktivitäten, die es im Ungdomshuset gab, zu beheimaten. Es wird von Donnerstag bis Sonntag Volxküche, Infostände, Filme, Aktionen und Workshops geben.
Die Leute, die ihr in diesem Haus treffen werdet, werden frühere AktivistInnen aus dem Ungdomshus und der Bewegung drumherum sein. Also, schaut vorbei und sagt Hallo. [...]

Shit Town-Festival:

Aus offensichtlichen Gründen hat das K-Town-Festival seinen Namen geändert und wird dieses Jahr zum Shit Town.
Das jährliche DIY-Punk-Festival wird vom 9.-12. August in Christiania in der grauen Halle stattfinden. [...]

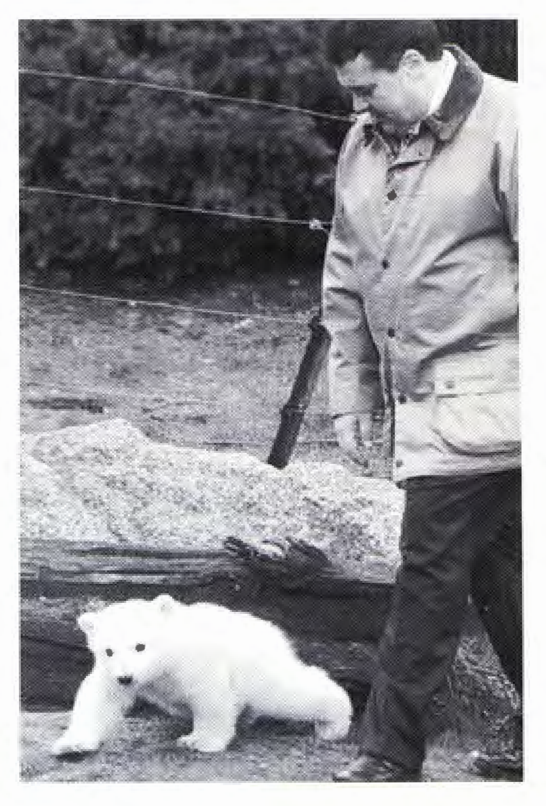
Internationale Demo:

Darüberhinaus planen wir, eine internationale Demo gegen Ende des Sommers in Kopenhagen zu organisieren. Achtet auf Infos im August.

Ungdomshuset, 29. Juni 2007

anti-atom

Knuts Onkel zeigt sich ablehnend oder: Ausstieg lieber nie als gar nicht



Der auch als Bundesumweltminister bekanntgewordene Patenonkel eines berliner Eisbären, Sigmar Gabriel, hat am 22.6. einen Antrag auf Laufzeitverlängerung des AKW Brunsbüttel abgelehnt, genauso wie er es schon am 18.5. mit einem Antrag für das AKW Biblis A gemacht hatte. Eine klare Kante könnte mensch meinen, die Gabriel da zwischen diversen internationalen Klimakonferenzen den Atomkonzernen gegenüber zeigt. Doch die Sache ist widersprüchlich, wie auch die Frage, wieso sich Gabriel nicht für die sofortige Freilassung von Knut einsetzt, der seit Geburt hinter Gittern sitzt.
Um es einmal festzuhalten, Gabriel hat nicht etwa die Stilllegung der beiden Reaktoren beschlossen, sondern lediglich darauf bestanden, dass sie irgendwann einmal abgeschaltet werden sollen. Entgegen der landläufigen Meinung wurden im sog. Atomkonsens nämlich nicht Restlaufzeiten beschlossen, sondern so genannte Reststrommengen, ein ganz besonderes Schmankerl für die Atomlobby. Ein Reaktor muss demnach nicht zu einem bestimmten Datum vom Netz gehen, sondern erst wenn er die Menge Strom erzeugt hat, die er theoretisch nach 32 Jahren Volllast erzeugt haben könnte. Diese Formulierung ist für die Konzerne Gold wert. Denn gerade die Altanlagen wie Biblis und Brunsbüttel stehen ständig wegen Lekkagen und Explosionen still. Doch das spielt seit dem Konsensvertrag keine Rolle mehr, steht die Anlage still, läuft sie später einfach länger. Und so laufen die Reaktoren von Biblis und laufen, und dennoch fühlt es sich wohl für die Öffentlichkeit an wie ein Atomausstieg.
Biblis A beispielsweise hätte, bei kontinuierlichem Betrieb, nach dem Beschluss des Atomkonsenses Mitte 2006 vom Netz gehen müssen, aber dummerweise fanden sich bauliche Mängel, die eine aufwendige Reparatur notwendig machten und die Anlage für mehr als ein halbes Jahr vom Netz zwangen. Schwups war man in der nächsten Legislaturperiode, von der sich RWE erhoffte, dass sie das Ende des Atomkonsens und nicht des Reaktors bringen würde. War aber nicht ganz so, und so fand sich im vergangenen Herbst erneut ein baulicher Mangel, der zumindest Biblis B bereits in die nächste Legislaturperiode katapultiert hat. 15.000 Dübel waren beim Bau der Anlage falsch gesetzt worden, und müssen jetzt ausgewechselt werden. Zunächst hieß es dies sei kein Problem und bald erledigt, dann, der Reaktor würde im Frühjahr wieder angefahren, aktuell lässt RWE verkünden spätestens im Herbst sei die Anlage wieder am Netz.

Nur noch wenige Monate Stillstand, und schon hat sich Biblis A wieder eine Legislaturperiode weiter gerettet. Das Ganze kostet RWE eine Menge Geld, denn neben den Reparaturkosten entfallen monatlich rund 50 Mio. Euro Gewinn durch nicht erzeugten Strom, den RWE anderswo einkaufen muss. Um diesen Aufwand wieder wett zumachen muss Biblis A noch einige Jahre laufen, sicherlich länger als die beantragten 3 Jahre bis 2011. Ein Blick in die USA zeigt, wohin die Reise geht. Dort werden bereits stillgelegte Atomanlagen wieder angefahren, mit der Perspektive bis zu 60 Jahre lang zu laufen. Vor diesem Hintergrund wundert es kaum, dass RWE seine „fast neuwertige Anlage", die monatlich 50 Mio. Euro Gewinn abwirft, nicht schon nach der Hälfte der international von Atomkonzernen angestrebten Laufzeit stillegen will.

Und damit ist RWE nicht alleine. Alle ehemaligen RCDS Vorsitzenden der Nation und die Herren Wulf, Koch und Glos haben es sich auf die Fahne geschrieben, so ein faux pas wie im letzten Koalitionsvertrag darf bei einer Neuauflage der großen Koalition 2009 nicht noch einmal passieren. 2009 also wird der Atomkonsens entgültig seine Schuldigkeit getan haben. Mensch darf vermuten, das er, mit leichten aber grundlegenden Änderungen, den selbstverständlich sicherheitorientierte Weiterbetrieb der Atomanlagen ermöglicht wird, so lange die Teile nicht in die Luft fliegen. Der gefühlte Atomausstieg wird also ebenso weiter gehen wie der reale Weiterbetrieb der Anlagen, getreu nach dem Motto Atomausstieg lieber nie als gar nicht.

Ach ja, Knut geht es übrigens gut, es ist aber noch nicht ganz Klar wann er raus kommt.
Info: www.akw-brunsbuettel-stilllegen.dewww.nadir.org/nadir/initiativ/sand

Aktion

28.05.07

Als Teil der Mobilisierung gegen den G8 Gipfel fand am Samstag den 28.5.07 eine Schichtwechselblockade vor dem AKW Biblis statt. Rund 300 Menschen machten schon mal eine Sitzprobe für die Blockaden in Heiligendamm.

09.05.07

Am heutigen Vormittag haben um die 100 Menschen auf der Castortransportstrecke zwischen Dannenberg und Gorleben im Wendland einen probebehälter mehrfach blockiert. Insgesamt fanden 8 Blockaden statt: Der Behälter sollte gegen 9 Uhr das Gelände am Verladekran für Castorbehälter in Dannenberg verlassen. Die Kreuzung der Hauptausfahrt war von einem guten Dutzend Autos und ca. 60 Menschen versperrt. Daraufhin nahm der Transport die Hinterausfahrt. Was jedoch nicht viel nützte, da schnelle WendlInnen auf die nächste Kreuzung eilten, ca. 1km entfernt zwischen Nebenstedt und Splietau. Dort kam es zu weiteren Verzögerungen des Transportes, der an der Ortsausfahrt Nebenstedt parkte und auf freie Fahrt wartete. Nach zweieinhalb Aufforderungen, die Straße zu räumen gings weiter nach Splietau. Nichts geht mehr Nummer drei. Am vierten Ort, Klein Gusborn, stand

ein Trecker quer, vier Autos dabei, 20 menschen, die den Transport freudig erwarteten.
Leider hat die polizei, die zahlenmäßig stark überrepresentiert war, unverhältnismäßig brutal auf diese nette einlage reagiert. die autos waren schon von der straße gefahren worden (kosten minimieren), der trecker verblieb ohne zündschlüssel mitten auf der fahrbahn und wurde von technisch hochbegabten polizeibeamten nach kurzschließen weggefahren. Die fußgängerinnen wurden unsanft in eine seitenstraße gedrängt, hatten die fahrbahn längst verlassen müssen und wurden dann noch gewälttätig von einer kette bullen traktiert. U.a. hat ein mann einen fasutschlag ins gesicht erlitten, auch andere schläge und tritte wurden von jungschen agressiven übereifrigen taugenichtsen in uniform verteilt. Die konfliktmanager kamen wieder anschließend zum ort des geschehens... Knotenpunkt nummern 5 war eine station weiter in klein gusborn, wo der probecastor in die eisen gehen musste, weil wieder 4 fahrzeuge quer auf die fahrbahn eilten. Blockade 6 war in groß gusborn, nähere umstände derzeit nicht bekannt. Dann folgte laase, auf dem deich entschlossen sich einige autofahrerInnen nach der dritten aufforderung das weite zu suchen und abschließend gab es noch verzögerungen direkt an der einfahrt zum zwischenlager. Da waren welche immer noch nicht müde.
Quelle:Indymedia

09.05.07
"Technische Probleme" stoppen Urantransport

Nach Infos aus den Niederlanden hängt der Uranmüllzug, der heute Abend in Gronau gestartet ist, derzeit an der dt.-niederländischen Grenze bei Bad Bentheim fest, weil die niederländische Bahnstrecke westlich von Hengelo wegen "technischer Schwierigkeiten" komplett gesperrt ist! Der Uranzug steht seit 1,5 Stunden! Den ganzen Abend hatte es an rund 10 Orten Aktionen gegen den Uranmüllzug nach Russland gegeben.
Die Proteste sind heute Abend deutlich stärker ausgefallen als bei den letzten Transporten. Selbst in kleinen Orten im Münsterland, wo sonst nix lief, waren plötzlich kleine Gruppen an den Schienen. In Gronau traf die G8-Karawane gerade noch rechtzeitig mit dem Rad ein, bevor der Zug um 19.04 Uhr mit 19 Waggons die UAA verließ. In Orten wie Burgsteinfurt, Greven, Emsdetten und Rheine waren jeweils 15 Leute am Bahnhof. In Burgsteinfurt musste der Zug 10 Minuten halten, weil der Hubi das Waldgelände vor der Weiterfahrt zunächst erkunden musste. Auch in Rheine hielt der Zug einige Minuten im Bahnhof, weil es auf der Brücke eine kleine Demo gab.

In MS waren 20-25 Leute am Bahnhof und rannten in den Bahnhof, als der Zug um 20.25 Uhr kam. Das löste bei der Polizei richtige Hektik aus. Anschließend gab es eine entschlossene Spontandemo zum Rangierbahnhof, wo der Zug bis 21.16 Uhr umgekoppelt wurde. Die Stimmung war sehr gut. Die Demo wurde spontan auch zu einer Soli-Demo gegen die G8-Razzien erweitert (solidarische Grüße aus dem Münsterland!).

In Hengelo waren am Abend 35 Leute an der Strecke, sodass der Abend sehr viel munterer verlief als bei den letzten Malen. Die selbstzufriedene Ruhe bei der Polizei war diesmal deutlich gedämpfter. Und für unsere FreundInnen in Russland sind die Proteste ein deutliches Zeichen der Solidarität und Ermutigung - schließlich lagern dort unter freiem Himmel schon 20 000 t abgereichertes Uran aus Gronau. Mit diesem Zug sind weitere 1000 t abgereichertes Uran in Form von UF6 auf dem Weg.

29.04.07
Anti-Atom-Zaunspaziergang in Heiligendamm

Im Vorfeld des G8-Gipfels kamen 200-300 interessierte Menschen nach Heiligendamm, um die technischen Sperren in Augenschein zu nehmen. Dabei wurde über die globale Zerstörung durch die Kerntechnik, vor allem der industrialisierten Staaten, und die Verbindung zum geplanten G8-Gipfel informiert.
Außerdem anwesend: ein verpeiltes Polizeiaufgebot und interessierte Strandbesucher.



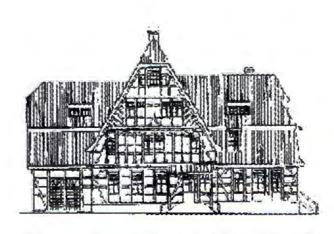
Literatur & Politik

Schulterblatt 55
20357 Hamburg
Tel. 040 – 430 08 08
Fax. 040 – 430 16 37
info@schanzenbuch.com
www.schanzenbuch.com

Unsere Öffnungszeiten:

Montag – Freitag
9.30 Uhr – 19.00 Uhr

Samstag 10 – 18 Uhr



Meuchefitzer Gasthof

Im Besitz der Belegschaft
Tagungshaus + Kneipe + Restaurant
Bio-Landwirtschaft mit Tieren

29482 Meuchefitz
Haus Nr. 12

Fon: 05841-5977
Fax: 05841-6976

Mail: meuchefitz@t-online.de
Web: http://www.meuchefitz.de/



RESTAURANT / CAFE

überwiegend mit Produkten aus ökologischem Anbau

Fleisch und Wurst ausschließlich vom Bioland-Hof

Hausgemachte Vollwertkuchen

täglich wechselnd
Mittagstisch - Abendkarte
Sonntags
Frühstücksbüffet kalt / warm

Mo 18^{00} - 1^{00} Uhr
Di-Sa 10^{00} - 1^{00} Uhr
So 11^{00} - 1^{00} Uhr

UNTER HAMBURGS STERNEN
SCHLAFEN; OHNE
ASTRONOMISCHE SUMMEN ZU BEZAHLEN

Flora im Juli

Do. 12.07. Einlass: ab 21 Uhr
HC-Konzert: Vae Victims u. a.

Fr. 13.07. Einlass: ab 21 Uhr
Radio Gagarin Konzert: Rocket No. 9
Jazz

Sa. 14.7 Einlass: ab 21 Uhr
Repression Soli-Party
Verschiedene Dub Sound Systems

Sa. 21.7 Einlass: 22 h
Brainstorm
Brainstorm geht in die dritte runde, und diesmal unter dem motto : back & forth !!!!!!

heute nacht gibt es was für und auf die ohren von :
Oliver Scholz / Shepla04, MiMaTo / Hamburg-Berlin
AggrAcid / Acidwars-Acidbitch.net, Two-O-onE / Subworx Hamburg
DogmAtech / Gamboynoisecore, Run City Kids / Subworx Hamburg

Do. 26.7 Einlass: 21 h
Konzert: Adorno, Suchi Rukara
Punkrock im weiteren Sinne, www.pinktankentertainment.com

Fr. 27.7 Einlass: 21 h
Konzert: Hobby, Dellwo
www.pinktankentertainment.com

Sa. 28.7 Einlass: 21:00 Uhr
Konzert: Microphone Mafia, Lotta C, Chaoze One
Hip Hop

every years classic:
Schanzenviertelfest
22. September



Bilder von der Hausdurchsuchung in der flora

Regelmässige Termine

Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr); Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr; Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007); Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr